

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

32 (18.8.1948)

Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3, Nr. 38

Mannheim, 18. August 1948

Preis 15 Pfg.

Der Kampf geht weiter

Kein Mitbestimmungsrecht in wirtschaftlichen Fragen — Stimmenthaltung der KPD bei der Schlußabstimmung

(EB) Das Gesetz über die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Verwaltung und Gestaltung der Betriebe der Privatwirtschaft (Mitbestimmung) wurde in der Landtagssitzung vom 13. August 1948 mit 62 Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen. Die Fassung entspricht im wesentlichen dem Regierungsentwurf, der in wirtschaftlichen Fragen kein Mitbestimmungsrecht, sondern nur Anhörung und Mitberatung vorsieht.

Die Kommunisten enthielten sich bei der Schlußabstimmung der Stimme. Ihr Abgeordneter Hans Ruess begründete das in einer Erklärung. Die aktive Mitarbeit der KPD, ein Gesetz zu schaffen, „das den Bestimmungen der Verfassung und den berechtigten Forderungen der Gewerkschaften gerecht wird,“ wird darin hervorgehoben. „Wir müssen nun feststellen, daß das Gesetz, so wie es durch Mehrheitsbeschluß zustande gekommen ist, in seinen entscheidenden Teilen den berechtigten Forderungen und Erwartungen der Schaffenden nicht entspricht.“ Als besonders schwerwiegend betrachtet die KPD: 1. die Begrenzung des Geltungsbereichs, 2. daß ein begrenztes Einspruchsrecht in wirtschaftlichen Angelegenheiten erst bei über 150 Beschäftigten eintritt, 3. die Einschränkung der Mitbestimmung in personellen Angelegenheiten durch die Herausnahme von Betriebsleitern und Geschäftsführern u. a., 4. als entscheidenden Punkt, keine wirkliche Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Gerade diese Bestimmungen widersprechen den Forderungen der Betriebsräte und Gewerkschaften, „sie bleiben auch weit zurück hinter den Rechten, die in einer Reihe von Betriebsvereinbarungen den Betriebsräten bereits zugestanden sind.“

In der Erklärung der KPD heißt es weiter: „Wir können das Argument der sozialdemokratischen Fraktion, daß man diesen Bestimmungen angesichts der Mehrheitsverhältnisse zustimmen müsse, nicht anerkennen, sondern sind der Überzeugung, daß bei einer engen Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien innerhalb und außerhalb des Landtages sehr wohl ein günstigeres Ergebnis erreicht werden konnte. Wir

haben den Bestimmungen über die Mitwirkung der Betriebsräte in personellen und sozialen Angelegenheiten zugestimmt, um wenigstens in diesen Fragen eine gesetzliche Mindestregelung zu schaffen. Wir können aber einem Gesetz, das in seinem entscheidenden Teil sich in so rücksichtsloser Weise über die Interessen der Arbeiter und Angestellten hinwegsetzt, unsere Zustimmung nicht geben. Wir haben uns deshalb bei der Gesamtabstimmung der Stimme enthalten und stellen vor aller Öffentlichkeit fest, daß die Regierungsparteien die volle Verantwortung für die jetzige Fassung des Gesetzes tragen.“

Die KPD betont zum Schluß, daß sie den Kampf für ein gleichberechtigtes Mitbestimmungsrecht innerhalb und außerhalb des Landtages mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften weiterführen wird.

Preiskontrolle, Preissenkung u. Lohnerhöhung

Der Parteivorstand der KPD zu den Preissteigerungen und Käuferstreiks.

(EB) Die zunehmende Erregung der Bevölkerung auf Grund der unaufhörlichen Preissteigerung veranlassen den Parteivorstand der KPD zu erklären: Die bizonale Wirtschaftspolitik, insbesondere die Aufhebung der Bewirtschaftung und des Preisstopps, die vom bizonalen Wirtschaftsrat beschlossen wurden, sind die Ursachen des jetzigen Preiswuchers. Was die KPD voraussetzt, ist eingetreten. Die Löhne der arbeitenden Menschen sind auf ein Minimum gesenkt, während die Preise bewußt und mit Absicht in die Höhe getrieben werden.

Leider gab auch die Fraktion der SPD im Wirtschaftsrat der Erhöhung der Preise für Milch und Kartoffeln ihre Zustimmung. Noch am Tage vor der Verkündung der Währungsreform versuchte die Fraktion der KPD im Wirtschaftsrat die Preiserhöhungen durch einen entsprechenden Antrag zu unterbinden. Die Annahme dieses Antrages wurde durch den sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Schöttle zu Fall gebracht, indem er erklärte,

Der sozialdemokratische Abgeordnete und Sekretär des Gewerkschaftsbundes, Kleinknecht, gab ebenfalls eine Erklärung ab, in der er die Einschränkungen „sowohl im Geltungsbereich als auch in der Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten“ vom Standpunkt der Gewerkschaften aus gesehen als höchst bedenklich bezeichnete, er stimme dem Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit u. a. deshalb zu, da die Betriebsräte für ihre tägliche praktische Arbeit eine Rechtsgrundlage bräuchten.

Bei den Einzelabstimmungen wurde vor allem von der DVP mehrmals versucht, das Gesetz noch weiter zu verschlechtern. Bei den durchweg mit knappen Mehrheiten erzielten Entscheidungen spaltete sich die CDU fast regelmäßig und ein großer Teil ihrer Abgeordneten stimmte der DVP bei.

daß die Fraktion der SPD es ablehnen müsse, für kommunistische Anträge zu stimmen. Unter Vorsitz des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Lüdemann stimmte der Länderrat mit seiner sozialdemokratischen Mehrheit dem Ermächtigungsgesetz Dr. Erhards zu. Damit erhielt Dr. Erhard freie Bahn für seine Wirtschaftspolitik.

Das weitere Steigen der Lebenshaltungskosten und das wachsende Mißverhältnis zwischen Löhnen und Preisen hat dazu geführt, daß es in zahlreichen Städten bereits zu Aktionen der Käufer gegen den unaufhörlichen Preiswucher gekommen ist.

Mit Unterstützung der Herren Dr. Erhard und Dr. Schlange-Schönningen, die durch ihre Politik den Preiswucher herbeigeführt haben, versucht man jetzt, die Erbitterung des werktätigen Volkes gegen den Einzelhändler und den einfachen Geschäftsmann abzulenken und Käuferstreiks zu inszenieren.

Wir erklären dagegen, die wahren Schuldigen sind nicht die Bauern, der Einzelhändler und der kleine Geschäftsmann, sondern die großen Warenhorte, die Großhändler, Großgrundbesitzer, Großhändler und Großunternehmer.

Die KPD ruft die gesamte werktätige Bevölkerung, die Arbeiter und Bauern sowie Einzelhändler auf, sich zum gemeinsamen Handeln gegen die Urheber der Wucherpreise zusammenzuschließen. Sie fordert:

die Herabsetzung der Preise auf den Stand vom Mai 1948 und die Durchführung einer sofortigen 15prozentigen Lohnerhöhung.

Sie fordert: Einsetzung von Preiskontrollausschüssen, die sich zusammensetzen aus Vertretern der Gewerkschaften, des Klein- und Einzelhandels und der Konsumgenossenschaften, der Bauern und Gewerbetreibenden.

Sie fordert: für diese Preiskontrollausschüsse das Recht zur laufenden Überprüfung und Festsetzung der Preise.

Sie fordert: für die Bauern das Recht, ihre Waren direkt an den Klein- und Einzelhandel abzugeben und direkt die Verbraucher zu beliefern.

Die KPD ruft dazu auf, überall von den wirtschaftlichen Interessenvertretungen und den kommunalen Verwaltungen und Parlamenten die Unterstützung im Kampf gegen den Preiswucher zu verlangen.

Heute 8 Seiten

Beachten Sie: Mitbestimmungsrecht - Jugendseite - Unterhaltung und Wissen - Ums tägliche Brot - Einsparungen am falschen Platz - Spiel um Ländergrenzen u. a. m.

Ist das Hökerweib schuld?

Von Willy Grimm

Die „freie Wirtschaft“ hat ihren Triumph! Einer Springflut gleich schnellten die Preise in die Höhe. Preisspekulation und Preiswucher sind das bevorzugte Feld der „freien Unternehmerinitiative“ geworden. Der Gesetzentwurf über „wirtschaftliche Leitsätze“ des Frankfurter Wirtschaftsrates war rechtzeitig genug gekommen, um aus der Währungsreform den Warenhortern von gestern ein glänzendes Geschäft zu ermöglichen. Die Kleinen haben nichts über den Tag X zu retten vermocht. Was sie an wenigem besaßen, wurde ihnen genommen. Wer aber Ware besaß, hat sein so angelegtes Geld nicht nur in voller Höhe erhalten, sondern auch noch bei dem „aufgelockerten Preissystem“ gut und gern verdoppelt.

Für die durch die Währungsreform Gebrandschatzten gibt es einen nachträglichen und einen gegenwärtigen Lohn. Der erstere besteht darin, daß sie nach der Währungsreform erfahren mußten, daß das reichlich früh gepriesene Wunder der „geglückten Währungsreform“ nur ermöglicht wurde durch die vorher erfolgte Warenhortung — gegen die es zwar Gesetze gab, die aber zu umgehen offenbar im Interesse der in Frankfurt agierenden Politiker gelegen war. Der gegenwärtige Lohn sind die vollen Schaufenster. Für die Masse des schaffenden Volkes sind sie bloße Dekorationen. Löhne und Preise klaffen zu weit auseinander, um auch nur halbwegs von einer gesunden Kaufkraft sprechen zu können. Der Vergleich heutiger Preise mit denen der Jahre 1938 oder 1932 macht einem schwindeln. Im Durchschnitt liegen die Preise um das dreifache höher als damals. Wir brauchen aber mit unseren Vergleichen nicht allzuweit in die Vergangenheit zurückgehen. Seit dem Tage der Währungsreform — 2 Monate liegt er zurück — haben die Preise für wichtige Konsum- und Gebrauchsgüter eine Steigerung von 50 bis 100 Prozent erfahren. Bei den Löhnen sehen wir, auch beim Vergleich über ein Jahrzehnt hinweg, keine wesentliche Aenderung. Sie sind gleich geblieben. Löhne und Preise in Beziehung gesetzt ergeben ein Absinken des Realeinkommens der Schaffenden auf ein Drittel früheren Standes.

Das Hochpreitschen der Preise wurde mit Beschichtigungsreden des Wirtschaftsrichters Dr. Erhard und kapitalistischer Wissenschaftler begleitet. Das Volk wurde auf das „Auspandeln“ der Preise einer freien Marktwirtschaft vertröstet. Das grausame Spiel aber ging und geht noch weiter. Es „pendelt“ immer nur nach oben. Das Aufheben der Bewirtschaftung, wo letztlich bei unserem tiefen Produktionsstand in Westdeutschland mehr oder weniger jede Ware Mangelware ist, mußte sich verheerend auswirken. Jene aber, die bei diesem Zustand mit Erfolg ihre Geschäfte machen und genau so Profite einheimen, wie sie es taten unter der Herrschaft des Schwarzmarkts und Kompensationsgeschäfts, feiern den Sieg über eine „Planwirtschaft“, die dazu noch sozialistisch gewesen sein soll. Im Grunde feiern sie, daß sie immer obenauf schwimmen, gleichgültig, welche Spielart des kapitalistischen Betrugs zeitlich ihr Spekulationsfeld ist.

Die Massendemonstrationen allüberall gegen die hohen Preise sind das Aufbäumen gegen die Politik des Wirtschaftsrichters, die uns einen Lebensstandard aufzwingen will, der unter dem aller Kolonialsklaven der Welt liegt. Den Herren in Frankfurt ist etwas angst geworden. Ein Gesetz gegen den

Dritter Deutscher Volkskongress

Vorläufige Tagesordnung der Herbsttagung — Verfassungsentwurf für Gesamtdeutschland

(EB) Die vorläufige Tagesordnung des Dritten Deutschen Volkskongresses, der im Herbst dieses Jahres stattfindet, sieht u. a. vor:

Stellungnahme zu den Verfassungsvorschlägen für die neue deutsche Republik, dem Wirtschaftsplan, und zur Bildung des westdeutschen Separatstaates.

Während die von niemand gewählten sogenannten Ländervertreter des Westens sich möglichst weit entfernt vom Volk in dem Augustiner-Chorherrenstift Herrenchiemsee zusammengefunden haben, um den Wechselbalg der Verfassung eines westdeutschen Separatstaates in die Welt zu setzen, erörtert der deutsche Volksrat in breitester Öffentlichkeit die Fragen einer künftigen demokratischen Verfassung für ganz Deutschland, in der dem Volke alle Rechte zugestanden werden.

„Die Erarbeitung einer Verfassung soll nicht Sache von Fachjuristen, sondern des ganzen deutschen Volkes sein“ so erklärte Frau Dr. Heinze zu Beginn dieses Monats auf der 4. Ta-

gung des deutschen Volksrates, auf welcher der Verfassungsausschuß einen Bericht über seine Arbeit erstattete und die Richtlinien einer deutschen Verfassung entgegennahm, von denen der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, Otto Grotewohl, erklärte, sie seien „das ernste Ringen einer für ganz Deutschland tragbaren mittleren Linie gewesen, der Einigung sowohl der linken als auch der rechten Auffassung unter fortschrittlichen demokratischen Prinzipien“.

In dem Verhalten der elf westdeutschen Ministerpräsidenten erblickt der deutsche Volksrat, wie Otto Grotewohl ausführte, die völlige Aufgabe des deutschen Standpunktes, der nur die Potsdamer Beschlüsse zu seinem Ausgangspunkt haben kann, wenn wir nicht jeden Quadratzentimeter Boden unter den Füßen verlieren wollen. Indem die elf Ministerpräsidenten, die von niemand dazu ermächtigt waren und sind, erklärten, daß sie die Londoner Beschlüsse als für Deutschland bindend anerkennen, haben sie den Boden Deutschlands unter den Füßen verloren.

Ist das Höckerweib schuld?

(Fortsetzung von Seite 1)

Preiswucher steht im Wirtschaftsrat vor der Verabschiedung. Es gibt wieder ein Augenwischen. Der vorliegende Gesetzestext ist genügend allgemein, genügend romanhaft, um zu verraten, daß es sich bei der ganzen Sache nur um eine Beruhigungsspielle für die Öffentlichkeit handelt. So allgemach wird es sprichwörtlich, daß die Gesetze des Frankfurter Wirtschaftsrates nicht nur Maschen zum Durchschlüpfen haben, sondern überhaupt nur eine einzige Masche sind. „Wegen Preiswucher wird bestraft, wer in Ausübung eines Berufs oder Gewerbes unter Ausnutzung einer Mangellage oder einer wirtschaftlichen Ueberlegenheit Güter oder Leistungen des lebenswichtigen Bedarfs Preise oder Entgelte fordert, verspricht, annimmt oder gewährt, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse offenbar überhöht sind“, liest sich wunderschön, aber das Ganze ist reichlich unbestimmt, um praktisch von Bedeutung zu sein. Das Gesetz beantwortet nicht, wann eine „Mangellage“ und „wirtschaftliche Ueberlegenheit“ gegeben ist. Auch nicht, wer feststellt, was „lebenswichtiger Bedarf“ ist und wer die „Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse“ vornehmen soll. Daß bis zu zehn Jahren Zuchthaus und bis zu 100 000,— D-Mark bestraft werden kann, schreckt nicht einen einzigen der Preistreiber bei soviel Ausweichmöglichkeiten. Gäbe es aber selbst ein wirksames Gesetz gegen den Preiswucher, müssen wir uns vor einer großen Illusion hüten. Gewiß, der Preiswucher treibt höchste Blüten, doch kann dabei nicht übersehen werden, daß er nur am Rande allgemeiner Preiserhöhungen gedeiht. Auch bei der Unterbindung jeglichen Preiswuchers sind die Preise maßlos hoch und es wird im Grunde ja nichts geändert; die Kluft zwischen Löhnen und Preisen nicht durch die Unterbindung des Wuchers geschlossen. Die Preiserhöhungen für die Grundstoffe Kohle, Eisen und auch Lebensmittel haben den Frankfurter Wirtschaftsrat und in einzelnen wichtigen Fällen die anglo-amerikanischen Besatzungsmächte zu Parolen, Daß der amerikanisch-englischen Industrie auf dem Weltmarkt keine deutsche Konkurrenz entstehe, dafür gibt es Demontagen, eine JEIA und das Anpassen der deutschen Preise an die Weltmarktpreise. In diesen Tatsachen liegen die Ursachen der maßlosen Preissteigerung, der wir ausgesetzt sind.

Der Kampf gegen das schamlose Ausmaß sozialer Ausbeutung hat mehr als ein unzureichendes wie ein ausreichendes Gesetz gegen den Preiswucher nötig. Preisstop und Lohnerhöhungen, die sind Gebot, denn auch Käuferstreiks, Boykottbewegungen gegen hohe Preise sind von nur begrenzter und zeitlich flüchtiger Wirkung. bringen in zeitlicher Konsequenz eine Irreführung und stoßen nicht zum Kern der Dinge vor.

Die hohe Gesamtlage der Preise, ihre durch die nicht gesunde Wirtschaft der Westzonen verursachte Tendenz, weiter zu steigen, setzt hinter das vielfach vernommene Frohlocken über die „gelungene Währungsreform“ ein nicht zu überschendes Fragezeichen. Aus dem Harren auf das „Auspendeln“ der Preise wird ein „Hineinpendeln“ in den Bereich des Inflationistischen. Die Bindung an den Dollar, der eingestandenmaßen an inflationistische Krankheit leidet, verstärkt diese Gefahr. Darüber täuscht das Ausschweigen unserer lizenzierten Presse und die von ihr bevorzugte Beschäftigung mit den deflationistischen Gefahren nicht hinweg. Zugegeben, daß die eigene Kreditschöpfung auf enge Grenzen stößt und vorwiegend die Produktionsmittelindustrie unter diesem Zustand leidet, liegt darin doch etwas gewolltes. Für unsere ausländischen „Gönner“ wird eine Frucht reifer, die ihnen in den Schoß fallen soll. Die Ueberfremdung des deutschen Kapitals gestaltet sich so leichter; eine Ueberfremdung, die den amerikanischen Monopolisten günstigere Kapitalinvestitionen bedeutet, als sie Amerika zu bieten hat. Günstiger sind sie aber deshalb, weil der Grad der Ausbeutung des deutschen Arbeiters so unerhöht hoch ist, seine Lebenshaltung auf einen derart niedrigen Stand herabgedrückt ist, wie ihn die Spanne zwischen Löhnen und Preisen offenbart. Hinter den hohen Preisen, niedrigen Löhnen, der antisozialen Währungsreform steht die Politik des Separatstaates Westdeutschlands amerikanischen Gnaden. Wir stehen mitten

Mitbestimmungsrecht!

Von Paul Schreck, MdL.

Der Landtag ist in die Ferien gegangen. Seine letzte Tat war die Verabschiedung des Gesetzes über die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Verwaltung und Gestaltung der Betriebe der Privatwirtschaft. Ohne Umschweife soll hiermit eindeutig ausgesprochen werden, daß der Landtag durch Annahme des Gesetzes das Mitbestimmungsrecht für Betriebsräte und Gewerkschaften durch seine bürgerliche Mehrheit abgelehnt hat. Damit werden die Hoffnungen aller derer zu Grabe getragen, die bisher noch immer glauben, lebenswichtige Notwendigkeiten des schaffenden Volkes könnten ohne tägliche Anstrengungen auf dem Wege parlamentarischen Feilschens erreicht werden.

In den nächsten Wochen und Monaten werden bürgerliche und verbürgerlichte Parteipolitiker den Angestellten und Arbeitern wortreich einzureden versuchen, daß das vom Landtag beschlossene Gesetz zur Realisierung des Artikels 22 der Verfassung ein wirklicher Fortschritt für sie bedeute.

Solche Illusionen wird jedoch die rauhe Wirklichkeit sehr bald zerstören und unter Beweis stellen, welche Kreise wirklich einen Fortschritt erzielt haben. Nach unserer Meinung ist das beschlossene Gesetz ein weiterer Meilenstein auf dem Wege der Befestigung der kapitalistischen Herrschaft in unserem Lande, wenn es in der jetzigen Form praktiziert wird.

Von dem gemeinsamen Gesetzentwurf des Genossen Kohl und der Gewerkschaften, dessen Durchführung als Mindestprogramm von fast allen größeren Betrieben in Württemberg-Baden nach leidenschaftlichen Debatten in einmütigen Beschlüssen verlangt wurde, ist buchstäblich nichts mehr übrig geblieben. Dieser heiß umstrittene Gesetzentwurf sah das gleichberechtigte Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen personellen, sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten der Betriebe vor, und wurde gerade deswegen von den Unternehmern und ihren Vertretern in Regierung und Parlament mit Einsatz aller Kräfte bekämpft und zu Fall gebracht.

Was das deutsche Volk wünscht!



Daß man sich in Moskau auf den baldigen Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und den Abzug aller Besatzungstruppen einigt.

Nationaler Widerstand im Süden

Generalstreik der 300 000 — Geschlossene nationale Abwehrfront

(SID) Daß es in Südwürttemberg-Hohenzollern, einem wirtschaftlich verhältnismäßig schwach entwickelten, vorwiegend bäuerlichen und kleinstädtischen Land, zum Rücktritt der Regierung und anschließend zu einem 24stündigen Generalstreik kam, an dem sich 300 000 Werktätige beteiligten, hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in Deutschland und weit darüber hinaus auf dieses kleine Gebiet gelenkt. Es ist dort zu dieser Entwicklung gekommen, weil die von der französischen Besatzungsmacht angeordnete neue Demontagewelle den völligen Ruin der kleinen Industrie bedeutet. Die ganze schaffende Bevölkerung hat

in der Realisierung des Marshallplanes. „Großzügiges amerikanisches Hilfswerk“ war lange seine Reklamebezeichnung gewesen. Auf dem Weg seiner Verwirklichung lag unendlich viel an deutscher Erniedrigung und Leid. Die hohen, die Existenz der Schaffenden abwürgenden Preise, sind eine seiner Erscheinungen, genau so wie der Separatstaat Westdeutschland mit all seinem Drum und Dran. Es gefällt den monopolistischen Auftraggebern, ihren Dienern im Wirtschaftsrat: es freut die Enpeitscher Dr. Erhard und Schilange-Schönungen, wenn der berechnete Volkszorn sich nicht gegen sie, sondern gegen das Höckerweib des Marktes richtet. Wieder einmal: den letzten beißen die Hunde!

Angenommen wurde vom Landtag der kaum veränderte Regierungsentwurf, der in allen entscheidenden Teilen genau den Wünschen der Unternehmerverbände entspricht. An Stelle der von den Gewerkschaften geforderten gleichberechtigten Mitbestimmung ist der Begriff der Mitwirkung getreten, der außerdem weitgehende Einschränkungen gegenüber den bisher in der Praxis errungenen Rechten der Betriebsräte in unseren Großbetrieben enthält.

In Erkenntnis der kapitalistischen Mißwirtschaft, deren Resultat in der Zerstörung Deutschlands täglich sichtbar vor uns liegt, haben fortschrittliche Betriebsräte längst erkannt, daß die Leitung der Betriebe nicht mehr den alten reaktionären Kräften überlassen werden kann. Sie haben sich daher bei Einstellungen und Entlassungen ein Mitbestimmungsrecht gesichert, das ihnen ermöglichte, auch die leitenden Posten der Industrie mit solchen Männern zu besetzen, die das Vertrauen der Belegschaft haben. Es wurde in zahlreichen Betrieben dadurch ein Vertrauensverhältnis zwischen Betriebsleitung und -Vertretung geschaffen, welches für den Neuaufbau Deutschlands dringend nötig erscheint. Diese Entwicklung ist nunmehr zu Ende, da das neue Gesetz den Betriebsräten das Recht der Mitbestimmung bei Einstellungen und Entlassungen leitender Angestellter bis zum Betriebsleiter aus der Hand nimmt und darüber hinaus Betriebsvereinbarungen für ungültig erklärt, in denen weitergehende Rechte der Betriebsräte festgelegt sind. Damit wird ein brutaler Schlag gegen jene fortschrittlichen Kräfte geführt, die bisher gemeinsam und in Uebereinstimmung mit den Betriebsräten gute Aufbauarbeit geleistet haben.

Das Mitwirkungsrecht der Betriebsräte wird in wirtschaftlichen Angelegenheiten zur Bagatelle herabgewürdigt. Im Artikel 20 des Gesetzes wird bestimmt, daß der Betriebsrat vor Durchführung kaufmännischer und technischer Maßnahmen zu hören und ihm Gelegenheit zu beratender Stellungnahme zu geben ist.

Es ist offensichtlich, daß bei einer solchen Einschränkung der Rechte der Betriebsvertretung eine tatsächliche Einflußnahme so gut wie unmöglich ist, weil die letzte Entscheidung immer bei dem Unternehmer liegt. Wenn im Artikel 21 dann für einige Angelegenheiten ein Einspruchsrecht des Betriebsrats festgelegt wird, so ändert das an den tatsächlichen Macht- und Rechtsverhältnissen nichts; denn der unparteiische Vorsitzende einer Schiedsstelle wird in der kapitalistischen Welt sich in fast allen Fällen auf die Seite derjenigen schlagen, die die wirkliche Macht im Betriebe besitzen.

Wenn zum Ueberfluß das Geltungsbereich in diesen Fragen noch auf Betriebe mit mindestens 150 Arbeitnehmern beschränkt ist, so wird damit auch dem Gutgläubigsten demonstriert, daß mit diesem Gesetz der Herr-im-Hause-Standpunkt der Unternehmer gewahrt geblieben ist.

Die Kommunistische Partei hat in und außerhalb des Parlaments alles versucht, um ein fortschrittliches Gesetz zu schaffen. Da ihre Anträge sämtlich der Ablehnung verfielen, war es ihr nicht möglich, ihre Zustimmung zu diesem Gesetz zu geben.

Die parlamentarische Seite des Kampfes um das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte ist damit zu einem Abschluß gekommen, der jedem Arbeiter und Angestellten augenscheinlich unter Beweis stellt, daß die herrschende Klasse nicht bereit ist, freiwillig auch nur den geringsten Teil ihrer Vorrechte an die Arbeitenden abzugeben. Das Gerede von der Wirtschaftsdemokratie ist damit als lügenhaftes Geschwätz entlarvt. Nun gilt es, entsprechende Schlußfolgerungen zu ziehen. Was das Parlament verweigert hat, muß in außerparlamentarischem Kampfe errungen werden. Alle Angestellten und Arbeiter, die nicht länger Knecht bleiben wollen, müssen nunmehr enger denn je im Betrieb zusammenstehen und unter Führung ihrer Betriebsräte und der Gewerkschaften sich in ihrem Betrieb ein Betriebsräte-recht erkämpfen, das ihnen ein wirkliches Recht der Mitbestimmung gibt.

Die Kommunistische Partei wird in diesem Kampfe der Werktätigen an der Spitze marschieren und alle Kräfte einsetzen, damit auch im Westen Deutschlands eine wirkliche Demokratie geschaffen wird.

Mannheim, den 16. August 1948.

Ein Schritt vorwärts

Mit der heutigen achtseitigen Ausgabe macht das „Badische Volksecho“ einen ersten Schritt vorwärts auf die hoffentlich baldige Aufhebung der unerträglichen Beschränkung in bezug auf Umfang, Format und Erscheinungsweise und die Gleichstellung mit den sogenannten überparteilichen Lizenzzeitungen im Rahmen der Genehmigung der Parteipresse. Wir neigen zu der Auffassung, daß heute, nachdem die Papierbewirtschaftung aufgehoben ist, General Clay seine öffentlich erteilte Zusage der Zulassung der Parteizeitungen schon längst verwirklicht hätte, wenn nicht, wie in so vielen Fällen, wiederum deutsche Stellen und Personen in beschämender Weise intrigieren und Einwendungen erheben würden. So bemerkt der Direktor der Militärregierung von Hessen, Dr. Newman, zu den in den letzten Tagen kursierenden Gerüchten, wonach nur die Zeitungen derjenigen Parteien zugelassen werden sollen, die auf Grund der letzten Landtagswahlen mindestens 15 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnten, daß es deutsche Politiker und deutsche Interessenten seien, die solche und ähnliche Vorschläge der Militärregierung unterbreitet haben. Die Militärregierung selbst vertritt die Ansicht, daß alle zugelassenen politischen Parteien die Lizenz erhalten sollen. Deutsche Quertreiber sind es also, die letzten Endes verhindern, daß durch Zulassung der Parteizeitungen ein Zustand sein Ende findet, der nur in der amerikanischen Besatzungszone noch besteht und der längst bereinigt werden müßte. Wir hoffen, unseren Lesern das „Badische Volksecho“ bald im neuen Gewand, d. h. in Normalzeitungsformat präsentieren zu können. Längere Zeit hindurch konnten wir bereits in diesem Normalformat erscheinen, mußten es aber auf Anordnung der Militärregierung aufgeben. Nach Aufhebung der Papierbewirtschaftung zweifeln wir nicht, daß die Militärregierung uns auf unser dahingehendes Gesuch eine positive Antwort erteilen wird. Nach der Erweiterung des Umfangs und des Inhalts wäre dies der zweite Schritt auf dem Wege, der das „Badische Volksecho“ als Nachfolgerin der Mannheimer „Arbeiterzeitung“ in seine durch die Nazis geraubten Rechte als Tageszeitung wieder einsetzt.

Die Stimme Amerikas

Die englische Mittelklasse ist anti-amerikanisch, wie eine öffentliche Umfrage überraschenderweise feststellte. Ein Drittel der befragten Engländer sind anti-amerikanisch eingestellt, nur einer von fünf Befragten drückte Dankbarkeit für die Marshallplanhilfe aus und viele von ihnen stellten fest, daß die Hilfe weniger aus Wohltätigkeit als vielmehr aus Antikommunismus und wirtschaftlichem Selbstinteresse gegeben wird.

Bomben auf das Gebäude der Vereinten Nationen, warf vor kurzem ein ehemaliger amerikanischer Militärflieger. Bei seiner Verhaftung erklärte er, daß er das Hauptquartier der UN in Lake Success bombardiert habe, weil er nicht zufrieden sei mit der Art und Weise, wie das Palästina-Problem und die russische Frage behandelt wurde. Er sagte: „Der einzige Weg, um die Menschen aufzuschrecken, ist Furcht hervorzurufen oder eine Bombe explodieren zu lassen oder ihnen drohen; dann werden sie aufwachen.“

Rußland ist die führende Luftmacht, während die Vereinigten Staaten auf den zweiten Platz gerückt sind, erklärte Harvey E. Stowers, ein enger Mitarbeiter des Präsidenten der Vereinigung der Flugzeugindustrie. Die Sowjetunion steht an der Spitze sowohl was Luftwaffenpersonal als auch was die Zahl der Flugzeuge anbelangt.

Die Stahlknappheit in den USA wird gemildert werden durch Verschiffungen aus Deutschland. General Clay hat Vereinbarungen zur Verschiffung von 440 000 t Trümmer-Schrott im Jahr getroffen.

Der Atombomben-Übungsplatz in Alamogorda (Staat Neu-Mexiko) wird auf ein Ausmaß von 150 Meilen Länge und 30 Meilen Breite vergrößert. Die Fläche umfaßt jetzt 2263 Millionen Acres. Hier wurde im Juli 1945 die erste Atombombe probeweise zur Explosion gebracht. Die zweite fiel im August 1945 auf Hiroshima.

(Nach „New York Herald Tribune“)

F. X. antwortet nicht!

Amtsvorstandskatastrophen am laufenden Band — diesmal das Amt für Vermögenskontrolle

Kennen Sie F. X.? Nein? — Wer in irgend einer Form mit dem nicht unwichtigen Amt für Vermögenskontrolle in Mannheim zu tun hat, wird in letzter Zeit bemerkt haben, daß der Leiter desselben nicht mehr zu erreichen ist. F. X. — Felix Xaver Immler, seit 2 1/2 Jahren Leiter des Amtes für Vermögenskontrolle, auf höchste Empfehlungen hin, auf diese wichtige Stelle berufen — setzt die lange Reihe von Amtsvorständen in Mannheim fort, um die sich ein öffentlicher Skandal entwickelt. Der frühere Direktor des Zuchthaus Bruchsal und Direktor des Landesgefängnisses Mannheim, Krüger, ein Mann, der als gelehrter Metzger und nahezu Analphabet, auf undurchsichtige Weise in diese Ämter berufen wurde und heute selbst hinter schwedischen Gardinen sitzt, machte den Anfang. Ihm folgte der aus der Ostzone zugewanderte Leiter des Besatzungskostenamtes, der sich als Fragebogenfälscher und Nazi erwies. Der Leiter der Kartenstelle Neckarstadt-Ost des Wirtschafts- und Ernährungsamtes, dem im Zusammenhang mit Kartendiebstählen das Handwerk gelegt wurde, erwies sich als langjähriger Zuchthäusler. Der Generaltreuhänder der Stadt Mannheim und spätere Geschäftsführer der Stadtreklame GmbH, mußte entlassen werden, als sich herausstellte, daß er kein Diplom-Kaufmann war, wie er angegeben hatte. Die Stadt Baden-Baden hat uns zwar voraus als Chefarzt ihres Krankenhauses einen hochstapelnden Sanitäter aufweisen können, dafür hatte Mannheim das wohl einzigartige Schauspiel zu bieten, daß ein verbummelter Student, gleichfalls wie der Chefarzt von Baden-Baden, nur auf den „zuverlässigen Eindruck“ und seine „Akademikerschmisse“ hin, als Staatsanwalt in einem Mordprozeß tätig sein konnte, in welchem er sich schließlich selbst als der Mörder erwies. Am letzten Freitag endlich fand die Gerichtsverhandlung gegen den bisherigen „Stadtoberrichter“ Bögle statt, der vor einigen Monaten geflüchtet war, weil sich herausstellte, daß er entgegen

seinen Angaben keinerlei juristische Prüfungen abgelegt und akademische Grade erlangt, sondern in seinem Fragebogen unterschlagen hatte, daß er Pg. und SS-Mitglied gewesen war. Felix Xaver Immler, der Leiter des Amtes für Vermögenskontrolle, schließt nun vorläufig die lange Kette derer, die im Eldorado der Hochstapler in Mannheim erfolgreich im Trüben fischten und dabei zu Amt und Würden kamen. Schon in seiner bisherigen Praxis schien es uns, daß der Mann mit den christlichen Vornamen aus recht unchristlichen Motiven eifrig damit beschäftigt war, Vollstreckungsurteile zugunsten von Nazis zu umgehen und zu hintertreiben. Kein Wunder, daß er bei dieser unermüdbaren Tätigkeit, für die viele ausgedehnte Dienstreisen und reichliche Benzinzuteilungen erforderlich waren, sich noch höher hinauf qualifizierte und in Aussicht genommen war, in den nächsten Wochen im Auftrage des Wirtschaftsrates eine Büroorganisation in Mannheim aufzubauen, für die er schon Mitarbeiter warb. Felix Xaver Immler, der CDU angehörend, oder ihr zumindest sehr

nahestehend, verstand es ausgezeichnet, sich mit dem Nimbus des „politisch Verfolgten“ zu umgeben. In Wirklichkeit soll er nach den höchsten Angaben, die wir erhalten konnten, 16mal kriminell verurteilt sein, darunter auch wegen Fahrraddiebstählen, und zuletzt aus kriminellen Gründen eine 3jährige Zuchthausstrafe verbüßt haben. Natürlich ist er weder „staatlich geprüfter Wirtschaftsprüfer“, wie er in Mannheim vorgab, noch Dr. med., als welcher er in Heidelberg aufgetreten sein soll, sondern er benützte vielmehr die Fertigkeit im Umgang mit dem Rasiermesser, die er in seinem erlernten Beruf als Friseur erworben hatte, um sich die für ein „gläubwürdiges Auftreten“ erforderlichen Akademikerschmisse beizubringen.

F. X. antwortet nicht — Felix Xaver Immler kann auch nicht antworten, denn er hat inzwischen, als Abschluß seiner glänzenden Mannheimer Laufbahn, die ihn beinahe auf die Höhen des Frankfurter Olymps geführt hätte, eine kleine bescheidene Zellenwohnung ohne Telefonanschluß bezogen.

Drei Jahre später

„Wenn wir nicht gewesen wären...“

1945:

DR. ROBERT LEY:

„Was wäre geschehen, wenn Adolf Hitler und seine Idee nicht gekommen wären? Wäre Adolf Hitler nicht gekommen, wäre heute das deutsche Volk gar nicht mehr da. In Mitteleuropa würde ein bolschewistisches Chaos herrschen...“

(Aus „Des Führers heilige Sendung“ von Dr. Robert Ley in „Der Angriff“, vereinigt mit „Berliner Illustrierte“ Nacht Ausgabe vom 21. April 1945.)

„Des Führers heilige Sendung“ führte Deutschland in eine namenlose Katastrophe. Dr. Schumachers „heilige Sendung“ wandelt ausgetretene Pfade. Die Spaltung Deutschlands ist schon das Ergebnis dieser unheilvollen Politik. Ist es nicht für das deutsche Volk an der Zeit, dem „heiligen Gesandten“ Nr. 2 ein Halt zu gebieten, um endlich aus der Katastrophenpolitik herauszukommen?

1948:

DR. KURT SCHUMACHER:

„Die Kritiker des deutschen Parteiwesens übersehen die Rolle der SPD in der Abwehr des Bolschewismus. Ohne die deutsche Sozialdemokratie wäre Deutschland und vielleicht noch manches andere Land Westeuropas — bereits ideologisch-politisch eine Domäne des Kommunismus geworden...“

(Dr. Kurt Schumacher in einem Artikel des SPD-Pressedienstes vom 2. August 1948.)

„Des Führers heilige Sendung“ führte Deutschland in eine namenlose Katastrophe. Dr. Schumachers „heilige Sendung“ wandelt ausgetretene Pfade. Die Spaltung Deutschlands ist schon das Ergebnis dieser unheilvollen Politik. Ist es nicht für das deutsche Volk an der Zeit, dem „heiligen Gesandten“ Nr. 2 ein Halt zu gebieten, um endlich aus der Katastrophenpolitik herauszukommen?

„Les allemandes“

Das nennt man Konsequenz und Tempo. In Paris reden sowohl Bidault als auch de Gaulle nur noch von „Les Allemandes“, d. h. „den Deutschen“. Auch jenseits des großen Teiches ist man der gleichen Ansicht. Eines der führenden Blätter der USA, die „New York Times“ sprach sich vor kurzem folgendermaßen aus: „Amerikas Politik muß es sein, den historisch gewordenen deutschen Einzelstaaten die Erlaubnis zu geben, einzeln, jeder für sich, an den gemeinsamen Angelegenheiten eines Europa-Bundes teilzunehmen. Wir (die Amerikaner) müssen deshalb eine internationale Kontrolle der Ruhr ebenso unterstützen wie die vollständige politische Teilung der deutschen Völker innerhalb einer all-europäischen Organisation.“

Vergebt ihnen nicht



— denn sie wissen was sie tun

graph 299 des Strafgesetzbuches wird, wer einen verschlossenen Brief oder eine andere verschlossene Urkunde, die nicht zu seiner Kenntnisnahme bestimmt ist, vorsätzlich und unbefugterweise öffnet, mit Geldstrafe oder Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Wer selbst stehen nicht an, uns der Forderung jenes Neckargemünder Bürgers anzuschließen, der in einer großen Bürgerversammlung am 18. Juni 1948 am Wohnort Dr. Knorrs unter großem Beifall der 1500 Teilnehmer verlangte, daß Dr. Knorr als Chefredakteur und Lizenzträger abgesetzt werden müsse, und zur Unterstützung dieser Forderung einen Leserstreik ankündigte.

Maskenfest in der Lizenzburg RNZ

Diktaturgelüste lizenzierter Großverdiener — Stellt Prof. Dr. Agricola Strafantrag?

Gleich düsteren Verschworenen auf einem florentinischen Maskenfest schleicht man nach unserer Veröffentlichung über den Staatsstreich-Versuch des Lizenzträgers Dr. Knorr in den Redaktions- und Büroräumen der „Rhein-Neckar-Zeitung“ umeinander herum, jeder vom anderen argwöhnend, er sei ein gedungener Bravo oder ein verlarvtes Werkzeug des Lizenztyrannen, das den Dolch im Gewande, nur darauf lauert, sein dunkles Mörderhandwerk zu verrichten. Betriebsrats- und Belegschaftsversammlung der „Rhein-Neckar-Zeitung“ haben ihre einmütige Ablehnung gegenüber den Entlassungsabsichten der Betriebsleitung kundgetan. Doch ängstliche Gemüter und durch allerlei Zugeständnisse und Versprechungen geköderte Kreaturen des nach der Alleinherrschaft in der fetten Lizenzpfunde gierenden Dr. Knorr versuchen Verwirrung und Uneinigkeit in die Reihen der Belegschaft zu tragen und scheuen nicht vor Verdächtigungen des Betriebsrates zurück.

Wir sind deshalb gerne bereit, einer Bitte des Betriebsrates der „RNZ“ folgend, zu erklären, daß wir die Informationen für den Artikel „Staatsstreich in der „Rhein-Neckar-Zeitung“ von keinem Mitglied des Betriebsrates der „Rhein-Neckar-Zeitung“ erhalten haben. Denen aber, die sich damit vielleicht doch nicht zufrieden geben wollen, sei gesagt, daß der Mithaufen eben schon so infernalisch zum Himmel stinkt, daß sein penetranter Geruch bereits durch alle Fugen und Ritzen des RNZ-Gebäudes nach außen dringt und nicht übergangen werden kann.

„Nichts erfolgreicher als Erfolg“, — das ist der Grundsatz, von dem sich der monopolistische Lizenzherr Dr. Knorr bei seiner Taktik des fait accompli wohl leiten läßt, und so fährt er denn unbeirrt fort, seine parteipolitischen und persönlichen Aspirationen zu exekutieren. Seinen heuchlerischen Lippenbekenntnissen und Sonntagreden von gestern über Toleranz, Einheit Deutschlands, ja sogar über

Zusammenarbeit mit den Kommunisten und die Einheit der Arbeiterbewegung, läßt er heute eine diktatorische Terrorpraxis folgen. Mit unmenschlich wenig Gewissen wird die Auseinandersetzung geführt, geht es dabei doch letztlich um Positionen, welche unmenschlich viel Geld einbringen. Denn es zahlt sich aus, Lizenzträger, und gar alleiniger, an einem von „our news-papers“ zu sein. Obwohl es nur wenig gewöhnlich Sterbliche gibt, die näheres wissen über die Höhe der den Lizenzträgern ausbezahlten Gehälter, ist dennoch sicher, daß sie zusammen mit den diversen Gewinnzuteilungen eine solche Höhe erreichen, daß jeder der Marionettenminister aus allen Ländern und Ländchen des bizonesischen Dattelstaates jederzeit gerne mit einem Mitglied der auserwählten Lizenzherrenkaste tauschen würde.

Obwohl die „Rhein-Neckar-Zeitung“ mit einer hübschen, runden, siebenstelligen Summe in die Währungsreform hineingestiegen ist und sie wohl auch weiterhin unter dem Schutz des großen Bruders ergiebige Felder monopolgeschützt abgrasen darf, glaubt sie dennoch, unter dem Vorwand, die sieben mageren Jahre seien jetzt angebrochen, Massenkündigungen vornehmen zu müssen, ohne vorher die Spitzengehälter und -Einkünfte einer Prüfung zu unterziehen. Wie wohlthuend wirkt da doch das Beispiel des „Mannheimer Morgen“, der am Tage nach der Währungsreform bekanntgab, daß er keinerlei Entlassungen vorzunehmen beabsichtige.

Wie wir im Zusammenhang mit der an diesem Lizenzinstitut verfolgten feigen Fußtrittpolitik aus der Ostzone erfahren, beabsichtigt der Lizenzträger der „RNZ“, Prof. Dr. Rudolf Agricola, der bei diesem Manöver mit Vorbedacht umgangen wurde, Strafantrag wegen Verletzung des Briefgeheimnisses zu stellen und außerdem den Schiedsspruch eines journalistischen Ehrengerichts anzurufen. Nach Para-

UNTERHALTUNG UND WISSEN

Deutsche Innigkeit

In einem Augenblick, wo die wirklich antifaschistischen Schriftsteller und Dichter durch die grausame Währungsreform nicht wissen, wie sie sich und ihre Familie von heute auf morgen über Wasser halten können, berührt es doppelt peinlich zu beobachten, wie die alten Nazi-Dichter wieder frech in den Vordergrund rücken. Sie könnten es nicht, wenn nicht ihre Gesinnungsfreunde von früher heute schon wieder an maßgeblicher Stelle in den Zeitungsredaktionen säßen. So muß als neues Beispiel darauf hingewiesen werden, daß es der „überparteilichen Zeitung „Die Rheinpfalz“, Neustadt a. d. Hdt., vorbehalten blieb, einen der schlimmsten Kriegsverherrlicher, Herrn Josef Magnus Wehner, gleich in drei aufeinanderfolgenden Nummern (Nr. 59, 60, 61) ihren düpierten Lesern wieder vorzustellen. Wer es an einer Zeitung im Jahre 1948 nicht mehr wissen sollte: Herrn Wehners Ziel ist es, nach einem Bekenntnis, das er einmal von sich gab, „dem Antritt seines Volkes Glanz und Dauer zu verleihen“. Wie er das machte? Dadurch, daß er die Lebensgeschichte Schlageters (1934) und Hindenburgs (1936) veröffentlichte. Aber diese Bücher könnten der Konkunktur des Hitlerreiches ihr Entstehen verdanken, dann hätte ihn die Zeit nur schwach gesehen. Viel schlimmer ist es, daß Herr Wehner jahrelang vorher die Aufrüstung und die „Wehrhaftmachung des Volkes“ betrieb und damit das

Elend des zweiten Weltkrieges systematisch mitverschuldet hat. Er veröffentlichte 1930 den Kriegsroman „Die Sieben vor Verdun“, dessen Sinn in dürren Worten der ist, daß wir den Weltkrieg eigentlich doch gewonnen hätten. Später hieß dies bei den Nazis „Und ihr habt doch gesiegt“. Wie Gift hat dieser Roman gewirkt, und Herrn Wehners Artikel in den nationalsozialistischen „Münchener Neuesten Nachrichten“, die — das ist Berufspech — unter dem Titel „Das unsterbliche Reich“ (1933) gesammelt vorliegen, taten das übrige. Nach so guten Vorbereitern seines Weges hatte es Goebels nicht mehr schwer... Und Herr

Wehner schreibt heute wieder in der „Rheinpfalz“ wortwörtlich: „Deutsch sein, heißt zuallererst innig sein...“ Das soll wohl nichts anderes meinen als: „Sind wir nur von ganzem Herzen so recht innig, wie damals vor Verdun, dann gewinnen wir den dritten Weltkrieg ganz bestimmt.“

Zwar ist die Stimmung dazu heute noch nicht sehr groß, aber sie werden uns schon wieder bald soweit bringen, denn der von der „Rheinpfalz“ in D-Mark bezahlte prominente Herr Josef Magnus Wehner ist ja nicht der einzige wieder zugelassene Verherrlicher des Schlachtenglücks und -ruhmes.

Antifaschistische Leser, mißtraut solcher Ueberparteilichkeit — antifaschistische Schriftsteller wehrt euch!

L. M.

Bei dieser Gelegenheit...

Aus Anlaß der 4. olympischen Spiele in London sei daran erinnert: Wenn Montezuma, der aztekische Herrscher (heutiges Mexiko), in seiner Residenz frische Seeische essen wollte, dann brachten ihm Schnellläufer die Fische in der unglaublich kurzen Zeit von 24 Stunden, das sind 17,5 km in der Stunde, frisch aus dem Meer.

Aus Anlaß der Rückkehr des Herrn Brüning sei daran erinnert, daß der 14. Klemens, Papst in Rom und Zeitgenosse Friedrichs des Großen, im Mai 1773, also vor 175 Jahren, den Jesuitenorden „für immer“ aufgelöst hatte. Als Napoleons Stern im Sinken war, 1814, wurde durch Papst Pius VII. dieser Orden neu gegründet. Im Mai 1872 nahm der Reichstag mit 181 gegen 93 Stimmen ein Gesetz über das Aufenthaltsverbot für Jesuiten in Deutschland an. Als der Stern der Hohenzollern im Sinken war, 1917, wurde das Jesuitengesetz durch Beschluß des Bundesrats aufgehoben, nur einige einschränkende Bestimmungen blieben in Kraft. Aber auch diese fielen im ersten Jahr des tausendjährigen Reiches, am 4. 6. 1933, so daß der Jesuitenorden in allen Privilegien wieder bestätigt war. Sechs Wochen später, am 20. Juli 1933, kam noch das Reichskonkordat hinzu.

Aus Anlaß des gegenwärtigen „Gebetskreuzzuges“ für den Frieden in Lourdes, wo auch ein Korrespondent der „Rhein-Neckar-Zeitung“ weilte, sei daran erinnert, daß der protestantische Theologe und Geschichtsphilosoph Johann Gottfried v. Herder, ein Zeitgenosse Goethes, von den mittelalterlichen Kreuzzügen gesagt hat: „Sie waren eine tolle Begebenheit, die Europa einige Millionen Menschen kostete und in den Zurückkehrenden größtenteils nicht aufgeklärte, sondern losgebundene, unartige und üppige Menschen zurückbrachte.“

Die papierene Propaganda-bombe

(Mü. EB.) Von der Druckerei des amerikanischen Propaganda-Blattes „Die Neue Zeitung“, München, wurde ein illustriertes Pamphlet hergestellt, das unter dem Titel „Gegen Frauen und Kinder“ zur Weiterführung des „Kalten Krieges“ gegen das antifaschistisch-demokratische Deutschland und die Sowjetunion eingespannt werden soll. Das niederträchtige Machwerk will mitgestellten Bildern Stimmungsmache betreiben und ist zum Abwurf aus Flugzeugen über Berlin vorgesehen.

Mit dieser papierenen Propaganda-Bombe des „Kalten Krieges“ will man von Schuld ablenken, die man mit der verhinderten friedlichen Lösung der deutschen Frage auf sich geladen hat. Der „Kalte Krieg“ soll die ungestörte Kolonisierung Westdeutschlands sicherstellen.

Zu Füßen der Freiheitsstatue - im Land der Freiheit

Die 9 Millionen Neger in 17 Südstaaten der USA, die an einigen Stellen 75 Prozent der Bevölkerung ausmachen, haben nur geringe Möglichkeit sich beruflich auszubilden und sich gewerkschaftlich zu organisieren. Von den 16 Colleges für Jura läßt ein einziges Farbige in kleinstem Prozentsatz zu.

Die Lehranstalten des Arbeitsministeriums für Arbeitsreserven der SU haben in den letzten Monaten 625 000 Schüler und Schülerinnen aus allen Republiken der UdSSR aufgenommen. Ueber 70 der Lehranstalten befinden sich in den asiatischen Volksrepubliken der Sowjetunion. Unterkunft, Verpflegung, Schulbücher und Lehrmittel, Kleidung und Schuhwerk für die Schüler stellen kostenlos die Anstalten.

Die 15 Colleges für Medizin sind dem 9 Millionen Neger in 17 Südstaaten der USA ganz verschlossen.

102 Tartaren und 26 Tschuwaschen haben ihr ärztliches Studium an dem medizinischen Institut in K a s a n beendet. Diese älteste Hochschule der SU hatte bis zum Sturz des Zarismus 4493 Aerzte ausgebildet. Darunter nicht ein einziger Angehöriger jener Völker. Unter der Sowjetmacht haben bereits 877 Aerzte der verschiedensten Volkszugehörigkeit ihre Ausbildung in Kasan abgeschlossen.

Upton Sinclair muß wiederum sein neuestes Buch auf eigene Kosten in Druck geben. Kein Verlag in den USA hat es angenommen, da es sich gegen die Anwendung der Atomwaffe wendet. „Tom Peine“ von Howard Fast wurde an Universitäten und Schulen in USA verboten und der Verfasser wegen un-amerikanischer Betätigung mit Gefängnis bestraft. 1945 vertrieb die amerikanische Militärverwaltung dasselbe Buch als bestes Erziehungsmittel für Demokratie kostenlos in Europa und auch in Deutschland.

Die Gedichte Puschkin und Walt Witmans, die Romane „Anna Karenina“ und „Krieg und Frieden“ von Leo Tolstol und die China-Bücher Edgar Snows wurden in Montreal, Kanada, von der Regierung als „umstürzlerisch“ beschlagnahmt.

Die Sowjetische Uniongesellschaft zur Verbreitung von politischen und wissenschaftlichen Kenntnissen hielt in den letzten fünf Monaten Vorträge über die wichtigsten Fragen der Philosophie, der Weltliteratur und der internationalen Wirtschafts- und Kunstgeschichte vor drei Millionen Zuhörern. In allen Teilen der Sowjetunion sind Staatsbüchereien eingerichtet, in denen jeder Sowjetbürger kostenlos Werke der Weltliteratur entleihen kann.

Gespräch in Westdeutschland:



„Ich staune, daß Sie als ehemaliger Waffenfabrikant vor den Augen der Besatzung Ihre Fabrik wieder aufbauen können.“

„Tja, sehn Sie, das ist Dollaranz.“

Was willst du mit dem Dolche?

(DFP) New York. Die Stewardessen der großen amerikanischen Luftfahrtgesellschaft Pan American Airways sehen zwar einiges von der Welt, haben aber kein leichtes Leben, denn ihnen wird viel verboten. So wurde ihnen in der neuesten Verfügung der Direktion aufs strengste untersagt, sich auf einzelne Passagiere zu konzentrieren oder „sich in Unterhaltungen einzulassen, die als schlüpfrig bezeichnet werden könnten“. Außerdem sind die Stewardessen jetzt sämtlich mit einem Dolch ausgerüstet worden — zu welchem Zweck ist nicht bekannt.

Kostüm nach Gewicht

(DFP) New York. Durch eine neue Polizeiverordnung wurden im Staat Montana allen Tänzerinnen, die in Lokalen mit Alkoholausschank auftreten, eigenartige Grenzen gezogen. Ihr Kostüm muß mindestens drei Pfund wiegen. Ueber die Verteilung dieser drei Pfund auf die Körperoberfläche bestehen keinerlei Vorschriften.

August Bebel

Zur Erinnerung an seinen 35. Todestag am 13. August
Von Paul Kohlhöfer



In dem Vorwort zu seinem Buche „Aus meinem Leben“ schrieb August Bebel: „Ich stand lange Zeit bei der Polizei und den Staatsanwälten in dem Rufe, ein gefährlicher Mensch zu sein, dem man nicht über den Weg trauen dürfe. Vielleicht nicht mit Unrecht.“ — Es war schon so: August Bebel, der Unteroffizierssohn aus den Kasematten von Köln, war ein gefährlicher Mensch. Aber nur für die, die vor seinem Genius, seiner strahlenden Persönlichkeit, seinem unbeugsamen Willen, seinem scharfen Intellekt und der ungeheuren Wucht seiner Beredsamkeit zurückweichen mußten in den Schatten der Defensive. Denn der kleine Mann mit dem Spitzbart, der hohen, kantigen und breiten Stirn, war ein großer Politiker, ein bedeutender Führer. Nicht das war August Bebel, was die heutige Generation sich schlechthin unter einem Führer vorzustellen vermag; er war kein Blender, kein billiger Agitator. Seine großartigen Leistungen, die ihn an die Spitze der deutschen Arbeiterbewegung brachten, waren gewachsen aus echten und natürlichen Persönlichkeitswerten.

Aus der Kümmeris und dem tragischen Dunkel seiner freudlosen Jugend (die Schwindsucht hatte ihm Vater und Stiefvater weggenommen; auch die Mutter, die die Familie nur allzu kärglich durchs Leben brachte, starb

sehr früh) rang sich der Drechslergeselle mit eisernem Fleiß empor zu einem selbsterarbeiteten Wissen, das, gepaart mit edler Charakterstärke und hervorragenden rhetorischen Talenten, ihn zu einem der bedeutendsten Parlamentariern seiner Zeit werden ließ. Welch ein Niveau hatten seine Reden im deutschen Reichstag! Wie stark war der Ankläger gegen die kapitalistische Gesellschaft in diesen Reden, vor denen — wie Stalin über ihn schreibt — „gekürnte Häupter und patentierte Gelehrte wie vor Hammerschlägen zurückwichen“. Mit welcher gewaltiger Sprach- und Ueberzeugungskraft kämpfte er auf den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie gegen den aufkeimenden Revisionismus, gegen die Politik des Opportunismus.

Denn von dem Augenblick an, da Wilhelm Liebknecht — damals von London kommend — sich mit dem ehemaligen Bildungsvereiner (der bereits durch eifriges Studium dazu angeregt, die ersten Keimlinge des wissenschaftlichen Sozialismus in sich trug) über die tieferen Probleme des wissenschaftlichen Sozialismus unterhielt, wurde Bebel Marxist —, und er ist es Zeit seines Lebens geblieben. So vereinten sich in diesem außerordentlichen Menschen das Schicksal und die Erlebnisse des proletarischen Daseins mit der tiefen Erkenntnis vom Wesen des Marxismus, die Fähigkeiten des großen Organisations mit der Sicherheit des klugen Taktikers zu jenen Führereigenschaften, die der aufstre-

benden deutschen sozialdemokratischen Bewegung Ziel und Richtung gaben. Mit tiefer Sorge beobachtete und bekämpfte der greise Führer der deutschen Sozialdemokratie jene unheilvollen bürgerlichen Einflüsse, die von Eduard Bernstein, Georg von Vollmar und anderen Opportunisten in die deutsche Sozialdemokratie getragen wurden, und für seine große Menschenkenntnis zeugt das offene Mißtrauen gegen jene „traurigen Gesellen“ vom Schlage eines Gustav Noske, die so kurz nach seinem Ableben schon zu den Totengräbern der Partei werden sollten.

Keiner lehnte es mehr ab, als ein vollkommener Mensch betrachtet zu werden, als August Bebel. Auch er hatte Fehler, aber das war das Große an ihm, daß auch diese in ihm selbst und für die anderen noch fruchtbar wurden. „Es gibt keinen fehlerlosen Menschen“, schreibt er im Vorwort seiner berühmten Lebensgeschichte, „und manchmal ist es das Bekenntnis eines Fehlers, das den Leser am lebhaftesten interessiert und zur richtigen Beurteilung am besten befähigt“. Denn auch im offenen Bekenntnis zu seinen Fehlern war er, wie in allem, ein echter Marxist.

Vorbildlich war auch sein Eheleben. Und gerade sein Buch „Die Frau und der Sozialismus“, das von gelahrten Hohlköpfen und spintisierenden Bücherweisen als „unwissenschaftlich“ abgelehnt wird, zeugt für das große Herz dieses Mannes, der die Frau aus jahrhundertelanger Knechtschaft, aus dem Schattendasein ihrer Geschlechtsbestimmung, aus dem Vorurteil der Religionen, aus barbarischer Kastensitte, als gleichberechtigtes Mitglied der menschlichen Gesellschaft hineinschob ins lebendige Leben und sie auf

jenen Platz stellte, auf den sie Anspruch hat. Wäre er sonst nichts gewesen, dieses Werk allein hätte ihm einen Ehrenplatz in der Geschichte der abendländischen Kultur gesichert.

Wie bei allen wahrhaft großen Männern war sein Ehrgeiz nicht egozentrisch auf das eigene Ich gerichtet, er strebte nach den Gipfelhöhen der Menschheit, dem Wohlergehen und dem Glück aller Erdenkinder. Sein Leben gehörte nicht ihm, es gehörte der Sache, der er diente. Sein starker Herzschlag durchpulste die sozialistische Bewegung, und sein scharfer Geist leuchtete ihr zielstrebend voran. Als dieser Geist am 13. August 1913 erlosch, hielt die ganze Welt den Atem an. Die ihn bekämpft hatten, verstummten plötzlich, die Gegner verneigten voll Achtung ihr Haupt, die Arbeiter aber weinten um ihn, denn sie hatten ihn nicht nur geachtet, er war nicht nur ihr großer Führer gewesen, ihr Prophet, ihr getreuer Eckebard — sie hatten ihn geliebt, und das ist das Höchste, was einem Menschen zuteil werden kann.

Wir, die wir als seine Nachfahren durch das Blut und die Tränen zweier Weltkriege gewatet sind, weil wir seine warnende Stimme überhörten, wir gedenken an diesem, seinem Todestage des großen Vorkämpfers für den Sozialismus in Deutschland, des größten Führers der deutschen Sozialdemokratie, des klarblickenden, scharfsichtigen Marxisten, dessen Andenken wir am besten dadurch ehren, daß wir in seinem Geiste die deutsche sozialistische Bewegung, in einer sozialistischen Volkspartei, zu einem geschlossenen Ganzen vereinen, damit sie wieder stark werde, wie einst die Partei August Bebels, die Partei des echten und wahren Sozialismus.

Der brave Mann denkt an sich selbst zuerst

Zur Fleischversorgung Nordbadens

Das Eigenaufkommen an Schlachtvieh hat auch in normalen Zeiten nie ausgereicht, um den Bedarf an Fleisch- und Wurstwaren für die nordbadische Bevölkerung sicherzustellen. Seit Generationen muß zusätzlich Vieh eingekauft werden, das hauptsächlich aus dem Hohenloher-Gebiet in Württemberg entnommen wurde. Nur zu einem geringen Teil wurde Schlachtvieh auch aus Bayern und Holstein bezogen. Eigentlich hätte es nach Abschluß der zwischen Nordwürttemberg und Nordbaden eingegangenen Staatsehe nichts Natürlicheres gegeben, als daß sich die Schwaben in liebenswürdigster Weise ihrer früheren Abnehmer erinnert und ihre jetzigen Landsleute in Baden wieder zusätzlich mit Schlachtvieh versorgt hätten. Doch weit gefehlt! Sie drückten sich um ihre ureigenste landmannschaftliche Pflicht herum, und überließen diese dankenswerte Aufgabe lieber den Bayern nach dem Motto: „In Notzeiten denkt der brave Mann an sich selbst zuerst.“ Die Bayern wiederum glaubten ihre nationale Pflicht dadurch zu erfüllen, daß sie die Badner mit Wurst belieferten, deren Material von Kühen stammte, die nahezu ein Dutzend Jahre dem Metzgermesser entronnen waren. Im Jahre 1947 wurde dies selbst den Bayern zu dumm und den Schwaben blieb letzten Endes nichts anderes übrig, als die badische Fleischversorgung zu übernehmen. Nach berühmtem bayerischen Vorbild entledigten sie sich ihrer Aufgabe dadurch, daß sie Büchsenfleisch lieferten oder Frischfleisch, das mitunter so zart war, daß man damit einen Hund aus seiner Hütte hätte herausziehen können. Allmählich wurde die Ungleichheit in der qualitativen Versorgung zwischen Württemberg und Baden so augenfällig, daß sich nach häufigen Vorstößen auch das allerchrist-

lichste Landwirtschaftsministerium in Stuttgart bereifunden mußte, eine neue Lösung zu finden. So sollen jetzt neuerdings im Zuge eines Versorgungsausgleichs 50 Prozent der Gesamtlieferungen in Lebendvieh, 30 Prozent in Frischfleisch und 20 Prozent in Wurstwaren erfüllt werden. Bestimmt ein kleiner Lichtblick!

Doch kann sich die badische Bevölkerung nach all den hinter ihr liegenden trüben Erfahrungen damit zufriedengeben? Warum wird keine 100prozentige Lebendviehlieferung eingeräumt? Doch nur, um die Stuttgarter Großschlächter und Fleischwarenfabriken, die ihren Aufschwung hauptsächlich durch Heereslieferungen genommen haben und

Der „Währungs-Märtyrer“

Groß-Schieber Gumbel auf freiem Fuß - klagt auf „Schadenersatz“

Die „Geschäftstüchtigkeit“ des Feudenheimer Großschiebers Gumbel ist für Mannheimer Begriffe sprichwörtlich geworden. Vor der Währungsreform sprach man bereits von „Gumbeln“, wenn es sich um die damals wie heute zeitgemäßen Warenhortungen handelte. Für die nach den letzten Erkenntnissen der Hortungskunst dem Warenmarkt entzogenen Waggons Haushaltartikel usw. erhielt Gumbel 1 Jahr 8 Monate Gefängnis und 15 000 RM Geldstrafe. Ein Warenlager im Wert von annähernd 100 000 RM wurde beschlagnahmt.

Herr Gumbel brauchte indessen keinen Zentner Salz im Gefängnis essen. Am 30. Juni 1948, 10 Tage nach der Währungsreform, wurde er in aller Form rechtens der Freiheit wieder zurückgegeben mit der Begründung, daß durch die vollen Schaufenster nach der Währungsreform erwiesen sei, daß

zu den tübelsten Kriegsverdienern zu rechnen sind, besten über Wasser zu halten, zum Schaden des badischen Fleischerhandwerkes, wobei noch die unwahre Behauptung ins Feld geführt wird, daß diese Betriebe früher schon Lieferungen nach Baden gehabt hätten. Es genügt nicht, daß mit den 30 Prozent Frischfleisch auch die Innereien und das Blut mitgeschickt wird. Bis diese zur Verarbeitung kommen, kann keine einwandfreie Wurst mehr hergestellt werden. Oder sollte bei den Schwaben noch der berechnende Gedanke, daß bei Lieferung von Lebendvieh sie auch ihre „Felle“ davonschwimmen sehen, eine Rolle spielen? Sei es wie es wolle, die Badener haben einen Anspruch darauf, endlich genau so behandelt zu werden, wie die Württemberger, und dies von Rechts wegen.

Stadtrat Riedinger

Bürgermeister a. D., Karlsruhe.

Wachsende Arbeitslosigkeit

(E.B.) Die Zahl der Arbeitslosen ist auch in Mannheim im steten Wachsen begriffen. Am 20. Juli 1948 waren beim Arbeitsamt Mannheim 3510 Arbeitssuchende gemeldet, am 3. August waren es bereits 3645, am 10. August war die Zahl auf 3997 angewachsen und dürfte heute bereits mehr als 4000 betragen.

Seit der Veröffentlichung des Zweijahres-Wirtschaftsplanes, der durch die SED ausgearbeitet wurde, werden im Rundfunk in den Sondersendungen für den Westen Stellenangebote aller Art bekanntgegeben. An allen Stellen der Ostzone werden Arbeitskräfte in allen Industriezweigen benötigt.

Dies ist der Unterschied zwischen dem monopolkapitalistischen Chaos im Westen, das mit seiner separaten Währungsreform Massenarbeitslosigkeit und Elend bringt - und einem planmäßigen, demokratischen Wirtschaftsaufbau wie er vorläufig nur im Osten Deutschlands, bald aber in ganz Deutschland durchgeführt wird.

auf die Folter zu spannen, schlagen wir vor:

1. Herr Gumbel wird in seine alten Rechte wieder eingesetzt, seine „Ehre“ für alle Zeiten unter den Schutz der Immunität gestellt.

2. Die beschlagnahmten Waren und die Geldstrafen werden ihm im Verhältnis 1:10 in DM aufgewertet und zurückbezahlt. Für jeden Tag Gefängnishaft werden ihm 100 DM als Schadenersatz gewährt.

3. Der Richter, der die Bestrafung anordnete, wird abgesetzt und in die Ostzone verbannt.

4. Herr Gumbel wird Ehrenbürger der Stadt Mannheim, der Vorort Feudenheim, der Ort des Wirkens Herrn Gumbels, wird in „Gumbelheim“ umbenannt. Dort ist ihm ein Denkmal in Vorkriegsbronze zu errichten. Seine „weiße Weste“ wird in einem neben dem Denkmal zu errichtenden marmornen Reliquienschein aufbewahrt und muß von allen Passanten mit entblößtem Haupt begrüßt werden.

5. Die in der sogenannten „Gumbel-Gilde“ organisierten wegen Warenhortung nicht Geschnappten ernennen Gumbel zum lebenslänglichen Goldenen Vorsitzenden und legen das Gelübde ab, ihrem großen Vorbild nachzuleben, bis sie den Grad seiner Vollkommenheit erreicht haben. Das walte Gott Mammon!

—lux—

Was steckt hinter der Neuauftellung der Länder?

Staatenmacher unter dem Druck von London — Machtkämpfe auf dem Rücken der Bevölkerung

Kaum wurden die westdeutschen Ministerpräsidenten nach der Londoner Konferenz von den Militärgouverneuren der Westmächte dazu aufgefordert, die Grenzen der einzelnen Länder zu überprüfen, um zu bestimmen, welche Änderungen sie etwa vorschlagen wünschen, und in aller Eile bis zum vorgesehenen Zusammentritt der Verfassungsgebenden Versammlung für Westdeutschland am 1. September derartige Pläne auch schon zu verwirklichen, da stürzten sie sich gleich wie die Leichenfledderer über das ohnmächtige Westdeutschland her. Sie und andere ehrgeizige Politikaster und Zwergdespoten organisierten Konferenzen, lagen sich gegenseitig in den Haaren, feilschten um diesen und jenen Landstrich und spannen eine Unzahl von Plänen, die sie mit wirtschaftlichen oder historischen Argumenten zu bemänteln suchten.

Die Frage der Neuregelung der Länder in Süddeutschland, von der Bevölkerung kaum beachtet, wurde von der überparteilich lizenzierten Presse der US-Zone in geradezu lächerlicher Weise in den Vordergrund gerückt. Besonders über die Eiertänze, die der südbadische Staatspräsident Wohleb auf der romantischen Burg Hohenneuffen im Auftrag des Quai d'Orsay aufführte, um sich, wie die „Rhein-Neckar-Zeltung“ schrieb, sein „Idyll Südbaden“ zu erhalten, „wo der Landrat jeweils weiß, wessen Kuh wann kalbt“, wurde so ausführlich berichtet, daß der aufmerksame Leser beinahe vermuten muß, daß dies mit Absicht geschah, um von der Hauptfrage abzulenken. Der Kernpunkt aller Ländergrenzänderungen, von dem gegenwärtig am wenigsten gesprochen wird, ist zweifellos die Frage des Ruhrstaates, für dessen Konstituierung der „Tagespiegel“ schon am 7. Juli eintrat, mit der Begründung, „daß das Gebiet internationaler Kontrolle unterstehen wird und schon daraus eine auch politisch begrenzte Einheit darstellen sollte“ und mit der Forderung, daß „das Land über seine Grenzen in westeuropäischer Richtung schauen muß“.

Was steckt nun wirklich hinter der Kulisse der Neuauftellung der Länder? In den Streitigkeiten auf den verschiedenen Konferenzen, spiegeln sich die Machtkämpfe der einzelnen Kapital-

gruppen wieder, die auf dem Rücken der westdeutschen Bevölkerung ausgetragen werden sollen. Trotz der Vorherrschaft der amerikanischen Monopolkapitalisten in ganz Westdeutschland hat die französische Schwerindustrie ihre Pläne noch nicht aufgegeben, durch Schaffung von Ländern, die am Rhein ihre Grenze finden, ihre Vorherrschaft im linksrheinischen Gebiet und außerdem in Baden zu errichten. Auch der Vatikan hegt noch immer die Hoffnung, aus den „katholischen Stammländern“ Bayern und Oesterreich die Keimzelle für einen katholischen Staat zu errichten, mit deren Hilfe eine Anzahl von Ländern aus dem volksdemokratischen Block Osteuropas herausgebrochen werden sollen. Neben diesen dunklen Plänen einzelner Konzerne und Machtgruppen soll vor allem die Bevölkerung Westdeutschlands weiter beunruhigt werden, ganz besonders, weil in den Köpfen der Reaktion die Erkenntnis immer mehr reift, daß der Antikommunismus allein vielleicht auf die Dauer doch nicht genügen wird, um Deutschland zu spalten. Schließlich sollen die Ländergrenzen so geändert werden, daß in Zukunft nicht so schnell wieder linke Mehrheiten entstehen, die ein fortschrittliches Betriebsrätegesetz schaffen und durch die Forderung auf Ueberführung der Schwerindustrie in Gemeineigentum den reaktionären Machthabern Westdeutschlands schlaflose Nächte bereiten.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß die Ländergrenzen nicht unter dem Druck des Londoner Abkommens in aller Schnelle geändert werden dürfen. Auch diejenigen Änderungen, die aus Gründen der Vereinfachung der Verwaltung zweckmäßig erscheinen mögen oder die die Schäden der willkürlichen Zonen Grenzen wieder beheben, können erst rechtskräftig beschlossen werden, wenn das deutsche Volk seine Souveränität wieder zurückerlangt hat. Diejenigen, die heute im Schatten des Londoner Abkommens aus egoistischen Gründen und ohne Auftrag des souveränen deutschen Volkes handeln, machen sich in erhöhtem Maße an der Zerreißung Deutschlands schuldig.

Es ist im übrigen zu hoffen, daß durch die Moskauer Verhandlungen der Botschafter der Westmächte mit Molo-

das, was man Gumbel als Verbrechen angerechnet habe, von allen Geschäftsinhabern im gleichen oder größeren Umfang getätigt worden war.

Gestützt auf diese Einschätzung seiner Handlungsweise soll sich Herr Gumbel, wie wir erfahren, mit anwaltlicher Hilfe bemühen, sein Geschäft wieder eröffnen zu dürfen, denn er ist jetzt „arm“ und „alt“ und „krank“, „zu Unrecht bestraft“, und was für Begründungen ein Mensch von solch blutweißer Weste noch alles ersinnen kann.

Wenn man ein Geschäft gründen oder wieder eröffnen will, muß man aber Geld und Ware haben, zumal, wenn es sich um ein Geschäft mit einem so geschäftstüchtigen Inhaber handelt. Was liegt also näher, als daß man, angetan mit der Märtyrerkrone des Verfolgten der Währungsreform, das „Seine“ wieder zurückverlangt.

Herr Gumbel reicht also seinen Schadenersatz-Anspruch ein. Man kann gespannt sein, wer als Sieger aus diesem interessanten „Präzedenzfall“ hervorgeht. Eine Reihe anderer „unschuldig“ Verfolgter wartet mit Schmerzen auf den Ausgang dieser „Gumbelei“.

Um die Sache abzukürzen und die interessierten Kreise nicht gar zu sehr

Die Goebbelsschüler

Heinz Frenzels Konkurrenz bei den „Badischen Neuesten Nachrichten“

-Dz- „H.B.“, unter diesem nichtsagenden Buchstaben verbirgt sich Hans Blume, politischer Redakteur der „Badischen Neuesten Nachrichten“. Er kam im Jahre 1946, still und bescheiden und man würde später kaum von ihm Notiz genommen haben, wenn er sich nicht als Karlsruher Matador tübelster Osthetze entwickelt hätte, nachdem General Clay das antikomunistische Stichwort gab. Von Ausgabe zu Ausgabe steigert sich sein halbintellektueller Geifer, seine beflissene Servilität dem selbsterwählten Herrn über dem Atlantik zu gefallen und seinem SPD-Lizenzträger Schwertfeger zu dienen.

Alle Frenzels und Blumes treffen sich an einem Punkt, dort, wo auch der letzte Schimmer von Objektivität und journalistischer Anständigkeit entschwinden ist. Wenn es sich nur darum handeln würde, könnte man zur Tagesordnung übergehen, wie bei vielen seiner „gleichgefiederten“ Kumpane von der holländischen bis zur schweizer Grenze. Aber Herr Blume ist mehr, ein Kriegshetzer im Namen von Humanität und Freiheit. Ihm kommt die traurige Ehre zu, als erster das „Ei des Kolumbus“ zur Behebung der Berliner Krise gefunden zu haben.

Er schrieb am 26. Juni: „Wenn ich General Clay wäre, ließe ich in der Stille alle Transportzüge mit Lebensmitteln und Kohlen, die für Berlin bestimmt... irgendwo bei Helmstedt zusammenstellen. Ich ließe sie mit Roten Kreuzen bemalen und unter dem

tow und Stalin der in den Londoner Empfehlungen vorgesehene „westdeutsche Staat“ vorerst nicht geschaffen wird und die Neuregelung der Ländergrenzen erst dann besprochen wird, wenn das deutsche Volk seine Souveränität wieder zurückerlangt hat. Sobald eine gesamtdeutsche Regierung gebildet sein wird und zumindestens die Umrisse eines Friedensvertrages feststehen, wird das deutsche Volk auch diese untergeordnete Frage lösen. F.U.

Vorspann einiger Panzerzüge und unter Jagdfliegerschutz französischer, amerikanischer und britischer Flugzeuge nach Berlin hineinrollen.“

Dieser Mann, dem ein weiterer Krieg im Herzen Deutschlands keine Sorgen bereitet, hat die Stirne, eine solche Empfehlung als „gute Tat“ zu preisen. Es ist nur bedauerlich, daß das internationale Recht noch so lückenhaft ist, sonst wäre Hans Blumes Platz nicht mehr in der Redaktionsstube, sondern auf der Anklagebank für Kriegsverbrechen. Vielleicht würde sich auch ein mitleidiger Psychiater finden und ihm den Strick ersparen, denn Zurechnungsfähigkeit, das heißt Vernunft, scheint in mancher Pestecke der Lizenzpresse immer mehr Mangelware zu werden.

Gewerkschaft für Unterstützungen

(Stgt. EB) Der Bundesvorstand des württembergisch-badischen Gewerkschaftsbundes verwahrte sich gegen die Behauptung, die Gewerkschaften würden sich gegen finanzielle Unterstützung der Flüchtlinge wenden. Nicht die Auszahlung der Kopfquote oder Unterstützungen, sondern der täglich fortschreitende Preiswucher gefährdeten die Wirtschaft.

Unsere Lesern fällt auf

... daß sich das Landesgefängnis Mannheim zu unseren Veröffentlichungen über die unzureichende gesundheitliche Betreuung der Gefangenen, die in zwei von uns geschilderten Fällen zum Tode der Betroffenen führte, noch nicht geäußert hat.

... daß die Mannheimer Straßenbahnpreise (Umsteigen) sich immer noch auf der alten unsocialen Höhe bewegen, während der Reichsbahntarif um 25 Proz. gesenkt wurde.

... daß Herr Frenzel immer noch die Hörer von Radio Stuttgart mit seinen üblichen Hetzreden belästigen darf.



Aufruf an die Jugend

Ludwig Pfau 1848

Wohlauf! ihr jungen Herzen,
Schon hat der Hahn gekröhnt!
Wir haben unter Schmerzen
Die Freiheit ausgesät,
Wir haben unter Sorgen
Die edle Saat bewacht —
Wohlauf! es naht der Morgen
Der Ernte jetzt mit Macht.
Jetzt sollen sie nicht rauben
Dem Volk den Ernt'ertrag,
Wir wollen nichts mehr glauben,
Was man nicht greifen mag,
Und wer nicht hilft erwerben
Dem Volk sein gutes Recht —
Den möge Gott verderben!
Der ist ein feiger Knecht.
Bei Gott, wir jungen Herzen,
Wir werden einig sein.
Jetzt gilt es auszumerzen
Die lange Schmach und Pein.
Und wenn die Alten zaudern,
Die Jugend steht bereit —
Verstummen muß das Plaudern,
Jetzt ist es Handelns Zeit.
Frisch auf! du deutsche Jugend!
Du hast noch Mark und Blut,
Nur Mut ist jetzt noch Tugend,
Nur Freiheit noch ein Gut.
Wir haben lang die Schande
In uns zurückgepreßt —
Freiheit dem deutschen Lande!
Schmach, wer sein Volk verläßt!

Aus der Anthologie
„Das Wort der Verfolgten“
Verlag Volk und Welt, Berlin.

Jungsozialisten kamen zur KPD

20 junge Funktionäre der SPD der Ortsgruppe Herten (Westfalen) traten zur Kommunistischen Partei über. In einem offenen Brief dieser jungen SPD-Funktionäre heißt es, daß die antikommunistische Hetze der SPD-Führung auf einen neuen Krieg hindeute, und die Jugend habe keine Lust, sich als Kanonenfutter verschachern zu lassen. Die Jungsozialisten begrüßen den Kampf der KPD für die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse und für die Einheit Deutschlands.

Trostlose Lage der Heidelberger Hochschüler

(E. B.) „Die Lage der Studenten ist trostlos“, erklärte Ministerialdirektor Schneckenberger (SPD) im württembergisch-badischen Landtag. Über 42 % der Heidelberger Studenten können keine Unterstützung von zu Hause mehr bekommen, 31 % wissen überhaupt nicht mehr, wie sie ihr Leben weiter fristen sollen. 2000 der 4500 Studenten der Stuttgarter Technischen Hochschule sind von der Währungsreform betroffen, wovon 400 das Studium einstellen mußten. Die Berufsaussichten sind sehr schlecht. 1930 gab es in Württemberg 1176 Ärzte, jetzt sind es 3000, von denen 600 keine Praxis ausüben können.

Tief beeindruckt

„Ich bin erstaunt darüber, was in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands seit 1945 auf fast allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens geleistet wurde“, erklärte Knut Olsen, das schwedische Mitglied im Rat des demokratischen Weltjugendbundes. Er sei tief beeindruckt vom Wiederaufbau in der sowjetischen Besatzungszone. Die fortschrittliche Jugend Schwedens sei bereit, engen Kontakt mit der demokratischen Jugend Deutschlands zu pflegen.

Echo der Jugend

Sport und Politik

Von Willi Haas (Deutscher Speerwurfmeister 1947)

Der bürgerliche Sport als Lebensform der modernen Jugend hat die Erwartungen nicht erfüllen können, die man nach der Jahrhundertwende in ihn gesetzt hatte. Als Kind unserer industrialisierten Welt hat der Sport seine Rolle als Gegenpol gegen die Berufsarbeit zwar erfüllt, aber seine geistige Bedeutung als ausgleichende und völkerversöhnende Kraft, als Demonstration der Gerechtigkeit und damit als sittlicher Kulturfaktor für die ganze Menschheit hat er nicht erlangen können. Die neuzeitlichen olympischen Spiele sollten vor den Völkern den versöhnenden Charakter des bürgerlichen Sports demonstrieren. Tatsache ist aber, daß dem friedlichen Aufmarsch der internationalen Sportjugend in den Olympiastadien ein unversöhnlicher Aufmarsch der Armeen auf den Schlachtfeldern der Welt gefolgt ist. „Sport macht zum Kriege fähig.“ Dieser Ausspruch Baron Coubertins, des Begründers der neuzeitlichen olympischen Spiele, kennzeichnet den Zerfall des olympischen Ge-

dankens und spricht offen den Verzicht auf den Geist der Versöhnung, des Friedens und der Wohlfahrt der Völker aus. Der Sportler sollte erster Soldat und Held des Krieges sein und der Sport wurde zum Werkzeug für die großen imperialistischen Interessen gestempelt.

In scharfem Gegensatz zum bürgerlichen Sport standen die Organisationen der Arbeitersport- und Kulturbewegung. Hier wurden die Kulturwerte des Sports bewußt gepflegt, und auf den Spartakiaden wehte der Jugend der Geist wahrer Völkerversöhnung und des Kampfes um die Befreiung der Menschen vom Joch des Weltkapitals entgegen. „Krieg dem Kriege“, „Kampf dem Imperialismus“, das waren politische Losungen der Sportjugend, die man nicht gerne hörte. Diese aufgeklärte, „politische“ Sportjugend mußte daher bekämpft und ausgeschaltet werden. Unter der Devise: „Sport hat mit Politik nichts zu tun“, wurde die Arbeitersportbewegung unterdrückt, in Deutschland und

anderen Ländern verfolgt und endlich zerschlagen. Der „unpolitische“ Sportsman wurde zum Idol des bürgerlichen Sports erhoben, der Weg war frei für eine heimliche und schamlose Kriegserziehung der Jugend, die in ihrer politischen Naivität wehrlos dem Willen der Kriegshetzer ausgeliefert war. Auch der Sportler des III. Reiches war keineswegs politisch im Sinne von „politisch denkend.“ Er war absolut unpolitisch und erlag daher, mit wenigen rühmlichen Ausnahmen, restlos den Verführungskünsten der Nazimachthaber.

Heute nun werden bei uns überall wieder die Rufe nach dem „unpolitischen“ Sport laut. Die Sportvereine werden geradezu als ideale Zufluchtsstätten der Jugend vor den Problemen der Zeit und der verhassten Politik betrachtet. „Politik ist Schwindel, wir lehnen sie ab und treiben Sport“, — welch verhängnisvoller Irrtum, auf den der Sportphilosoph Giese schon vor dreißig Jahren hinwies, indem er damals schrieb: „... sie treiben Sport allein um zu vergessen und um nicht denken zu müssen. Sport ist heute kein Vergnügen für Gelangweilte mehr, sondern eine Lebensform der modernen Jugend, eine Form, die, gesellschaftsbezogen, neben sittlich-moralischen Werten auch politische Werte umschließt.“ Der Geist im Sport, wie ihn der freimütige Giese präziserte, enthält die klare Forderung nach geistig-weltanschaulicher Orientierung des Sportlers, denn der gedankenlose „unpolitische“ Nursorterler ist als Staatsbürger ein Werkzeug gerade jener Politik, der angeblich seine volle Verachtung gilt. Die Jugend sollte daher heute mißtrauischer sein gegen die allzueifrigen Verfechter der Theorie des „unpolitischen“ Sports. Vor allem sollte sie jenen mißtrauen, die als ehemalige Sportfunktionäre der Vereine nazistisch belastet sind und heute bereits wieder ihre alten Funktionen besetzt halten oder doch aus dem Hintergrund die Regie führen. Sie, die durch ihre Haltung an der Vernichtung Deutschlands mitgeholfen haben, sind die schlechtesten Berater der Jugend. Der Sport als reine Körperübung ist keine Versicherung für die Zukunft der Jugend. Eine aufgeklärte und politisch denkende Sportjugend wird allen weiteren Verführungsversuchen widerstehen und auch die Ideale des Sportes in Zukunft rein halten können. Wir wollen keineswegs den Sportplatz und die Sportheime zum politischen Schauplatz erhoben sehen, aber der „unpolitische Sportsman“ als vergangenes Ideal sollte im Interesse der Entwicklung einer wahren Demokratie und einer besseren Zukunft der Jugend verschwinden.



Weltbund

der demokratischen Jugend

Die Ziele und Forderungen des demokratischen Weltjugendbundes

1. Bemühungen um inniges internationales Verständnis und Zusammenarbeit unter der Jugend auf den Gebieten von Wissenschaft, Politik, Erziehung, Kultur- und Sozialwesen, unter Würdigung der Verschiedenheit von Ideen und nationalen Besonderheiten; die Leistung des größtmöglichen Beitrags zur Ausrottung des Faschismus in all seinen Formen; die Leistung tätiger Beihilfe für die Regierungen in ihren Bemühungen um Frieden und Sicherheit und in der Erziehung der kommenden Generation im Geiste der Demokratie sowie in der Hebung des Lebensstandards der jungen Generation.
2. Wirken für gute Erziehungs-, Arbeits- und Freizeitbedingungen und für die Entwicklung kultureller, erzieherischer und sportlicher Betätigung für jeden Jugendlichen.
3. Das eindringliche Bestehen auf der Schaffung freier und freiwilliger Zusammenarbeit und Verbindung von Jugendorganisationen auf nationaler Grundlage, angesichts des augenblicklichen Mangels einheitlicher nationaler Jugendausschüsse.
4. Mit all seiner Kraft darauf zu bestehen, die jüngere Generation mit den

- Ideen und Verantwortlichkeiten der Weltbürgerschaft vertraut zu machen.
5. Die Interessen der Jugend in internationalen Angelegenheiten und Organisationen zu vertreten und, wo immer möglich, Fragen bezüglich der Interessen der Jugend zur Kenntnis solcher Organisationen zu bringen; die Aufmerksamkeit der öffentlichen Weltmeinung auf die dringenden Nöte der Jugend zu lenken; engmöglichsten Kontakt mit anderen Organisationen, die ähnliche Ziele verfolgen, aufrechtzuerhalten und die Unterstützung hervorragender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu suchen.

—Weltjugendkonferenz in Warschau

400 Vertreter aus 44 Staaten wohnten der Eröffnung einer internationalen Konferenz der Arbeiterjugend bei. Den Vorsitz führte der Präsident der Weltorganisation demokratischer Jugendverbände, Guy de Boisson. Unter dem Motto: „Jugend vereinige dich im Kampf um den Frieden und eine bessere Zukunft“ werden soziale, wirtschaftliche und politische Fragen der Arbeiterjugend erörtert und eine Charta der Jugend zur Abstimmung vorgelegt.

Jugendliche als Ausbeutungsobjekte

9 1/2 stündige Arbeitszeit bei geringer Bezahlung

Es gibt bei den kleinen und großen Kapitalisten immer einige, welche die Ausquetschung der menschlichen Arbeitskraft so offen und schamlos betreiben, daß ein besonderes Kommentar von unserer Seite nicht notwendig ist. Dafür folgendes Beispiel:

Herr Albert Seibert, Besitzer eines kleinen Arzneimittelbetriebes in Mannheim, L. 8, beschäftigt 20 Jugendliche von 14 bis 25 Jahren.

Soweit wäre dies in Ordnung, aber wie sind die Arbeitsbedingungen? Arbeitszeit 9 1/4 Stunden (8—17.15 Uhr), Mittagspause 15 Minuten. Während der Arbeitszeit darf nichts gegessen werden. Nach der Meinung des Herrn Seibert genügen ja auch 15 Minuten bei den heutigen Lebensmittelpreisen. Herr Seibert hat auch eine feine Methode, die Leistungen zu steigern. Er setzt ein ungeheuer hohes Arbeitslohn und entläßt fristlos, wer dies nicht erreicht.

Um so „großzügiger“ ist seine Lohnzahlung. Man höre und staune. — 15—20 DM wöchentlich. Daß solche Zustände möglich sind, ist leicht zu begreifen, wenn wir hören, daß es weder einen Betriebsrat noch einen Jugendvertrauensmann dort gibt.

- Wir hätten nur zwei Fragen:
1. An Herrn Seibert: „Haben Sie schon etwas von einem Jugendschutzgesetz gehört?“
 2. An die Jugendlichen bei Herrn Seibert: „Wißt Ihr noch nicht, daß es eine Gewerkschaft gibt, die euer Recht unterstützt? Wißt Ihr noch nicht, daß es eine Partei der Jugend, die Kommunistische Partei gibt, die als einzige konsequent und unbeirrt die Rechte der werktätigen Jugend vertritt?“

Wir wollen euch helfen beim Kampf um ein besseres und schöneres Leben beim Kampf um wirtschaftliche Verhältnisse, in denen es keine Herren Seibert und ähnliche mehr gibt.

Der Internationale Studentenbund

Wie auf einer Sitzung des antifaschistischen Komitees der Sowjetjugend bekanntgegeben wurde, hat der 1946 gegründete Internationale Studentenbund heute bereits über 2 1/2 Millionen demokratisch gesinnter Studenten aus 50 Ländern als Mitglieder. Der Internationale Studentenbund traf verschiedene wesentliche Maßnahmen, die dem Zusammenschluß der Studentenschaft im Kampf für ihre Rechte, Frieden und Demokratie dienen. Es wurden Unterstützungskampagnen für die um Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Studenten Spaniens, Griechenlands, Indonesiens, Chinas und Vietnams durchgeführt.

Mit dem Abschluß des Fernhochschuljahres in der SU haben 18 000 Studenten, ohne ihre eigentliche Facharbeit zu unterbrechen, Diplome als Ingenieure, Volkswirtschaftler, Agronomen, Pädagogen usw. erworben. Es gibt 16 höhere Fernlehranstalten und etwa 400 Fernlehrabteilungen an den Höheren Instituten.

Ein Kindertheater, dessen Darsteller bis zu 14 Jahren zählen, wurde von der Bergbaugewerkschaft in Sosnowice (Polen) organisiert. Die Wandervorstellungen wurden schon im Laufe der ersten Monate von 100 000 Jugendlichen besucht.

Studenten der Universität Leipzig sind mit einer Studentengruppe der Universität Moskau in Verbindung getreten. Damit hat zum ersten Male wieder studierende Jugend einer deutschen Universität Kontakt mit der sowjetischen Hochschuljugend gesucht.

Meine Meinung

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einsendungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion

Ist Frenzels Fritzsche?

Ihre Ausführungen in der letzten Nummer Ihrer Zeitung über den Fall Frenzels habe ich mit großer Befriedigung gelesen. Nur soviel darf ich sagen: Fritzsche hat seinen Meister gefunden. Ich habe während der ganzen Dauer des 3. Reiches meine Informationen am Radio über ausländische Sender bezogen und tue es auch heute wieder. Selbst einen Kommentar am Londoner Rundfunk über das gleiche politische Ereignis kann man sich ohne weiteres anhören, da man wenigstens noch eine gewisse Sachlichkeit findet, ich meine, soweit das heutige Verhältnis der Westmächte zur Sowjetunion behandelt wird.

Ganz anders bei Herrn Frenzels. Er ist kein Kommentator, er ist ein Hetzer überlebensartiger Sorte.

Warum, so frage ich oft, hat man Goebbels eigentlich in den Tod getrieben? Man könnte ihn heute wirklich wieder gut gebrauchen. Warum steckt man Fritzsche in ein Arbeitslager — höchstens aus Konkurrenzneid.

Naive Gemüter haben mir gegenüber schon geäußert, vielleicht könnte Fritzsche Frenzels sein, oder noch besser gesagt, vielleicht ist Frenzels Fritzsche.

Solche Stimmen im Volk sprechen für sich. A. H.

Was gedenkt der Landtag und die Regierung von Baden gegen die Preissteigerung zu tun?

Alle lebensnotwendigen Artikel, einschließlich der Lebensmittel, sind teurer geworden und steigen im Preise von Woche zu Woche. Die Preise stehen jetzt schon in keinem Verhältnis zu den Löhnen und Gehältern. Was nutzt es, wenn man die Löhne heraufsetzt, würden doch die Preise nachklettern und die Inflation wäre bei uns zu Gast, damit ein erneuter Zusammenbruch des deutschen Volkes mitsamt seiner Wirtschaft.

Schon einmal haben die Regierung und der Landtag versagt, als sie in den letzten Jahren nichts unternommen haben, um den Schwarzhandel, die Warenhortung, schlechte Bewirtschaftung der vorhandenen Lebensmittel und Textilien u. a. zu beseitigen. Jetzt wiederholt sich das gleiche Spiel. Schwelgen ringsumher. Wo bleiben die gesetzlichen Maßnahmen gegen die Preiswucherer? Sieht man denn nicht, daß wir einem neuen Elend, welches sich noch schlimmer auswirken wird, entgegengehen?

Es wäre ein Leichtes, etwas dagegen zu unternehmen, wenn der gute Wille vorhanden wäre. Aber an dem fehlt es oben. O. L., Jagsthausen.

Frenzels soll Schutt aufräumen

Dieser Herr Frenzels eckelt mich schon lange an mit seinen hetzerischen Giftpfeilen, die er abschleift. Ich wäre sehr froh und ich glaube noch viele anständigen Menschen, wenn dieser Lügenhetzer zum Schweigen gebracht würde. Der soll mal tüchtig Schutt aufräumen, dann würde er sich nützlich erweisen, aber ich nehme an, daß wir mit solchen Elementen mal gründlich aufräumen müssen, bevor sie wieder ein Unheil anrichten und ehe es zu spät ist.

Frau Gr., Feudenheim

Tanz-Dielen oder Wohnungen?

Wie Pilze schießen auch in Mannheim sogenannte Tanz-Cafés aus dem Boden. Man muß sich diese, mit großem Materialaufwand ausgestatteten Nepp-Dielen näher ansehen, um zu der Feststellung zu gelangen, daß man hier keineswegs der Jugend die Möglichkeit des anständigen Tanzens geben will, sondern zunächst nur das tanzfreundliche Publikum anziehen will, um durch entsprechende unumgängliche Verzeehr- oder Getränkeangebote auf „Nepp“ reisen will. Enge, mit einem Zaun umgebene Minister-Tanzflächen, welche zu keinem Verhältnis zum Personenfüllungsvermögen des Raumes stehen, sollen nun dem Zweck der Tanzfreude dienen.

Entweder man schafft den erholungssuchenden arbeitenden Menschen wirkliche, dem Zweck dienende Tanzlokale oder erstelle an Stelle von Nepp-Nahkampfzwecken Wohnungen für die Werktätigen.

erschütternd wirkt der Anblick der völlig zerstörten Schwetzingen Straße. In einem Eckhaus ein verschwendet ein geschichtetes Tanzlokal (wobei gegen den Geschmack des Innenarchitekten nichts gesagt sein soll), dessen bei der nächsten Ecke aus einem Trümmerhaufen ein notdürftiger Schornstein raucht. Darunter führen im Keller Menschen ein erbärmliches Dasein.

Was sagen hier die für Kultur und Tanz zuständigen Tanz-Fachkräfte. G., Mannheim.

Einsparungen am falschen Platze

Zu den Entlassungsplänen für Beamte und Verwaltungsangestellte

(SID) Die Bestimmungen des Währungsgesetzes haben die Vermögen der Länder und Gemeinden völlig annulliert. Es ist klar, daß den Gemeinde- und Staatsverwaltungen daraus die größten Schwierigkeiten erwachsen sind. Die Reaktion in den Regierungen und Verwaltungen richtete sich bei ihren Einsparungen automatisch gegen die Angestellten und Beamten, die man zunächst von dem Genuß der allgemeinen, von der Militärregierung verfügten 15 %igen Lohnerhöhung ausschloß und deren Gehälter bei der Korrektur der Haushaltspläne weiter abgebaut werden sollen.

Diese einseitige Abwälzung der Währungsfolgen kann von der KPD nicht gebilligt werden. Es ist weder sozial noch politisch zu verantworten, daß angesichts der hohen Preise Kürzungen auch bei niedrigen und mittleren Gehältern vorgenommen werden. Wenn die Verwaltung unter dem Zwang von Einsparungen steht, so soll sie mit der Senkung der Ministergehälter und Dienstaufwandsentschädigungen beginnen.

Die Aufgabe der Länderregierungen und Verwaltungen besteht aber vor allem darin, zu erreichen, daß:

1. die horrenden Ausgaben für die Besetzung, die z. B. in Hessen im Jahre 1948 406 Millionen Mark betragen (das sind 37 % des Gesamtetats, in Südbaden sogar 42 %) weitestgehend herabgesetzt werden.

2. Die Ausgaben für die verschleppeten Personen gestrichen werden.

3. Die Ausgaben des aufgeblähten Polizeiapparates, die bekanntlich nicht nur den Länderetat, sondern auch die Stadt- und Gemeindeverwaltungen enorm belasten, durch Abbau eingeschränkt werden.

Wie man sieht, gibt es genügend geeignete Objekte, an denen sich der Spareifer der Verwaltungen erproben kann.

Von wegen Abbau

„Rationalisierungsmaßnahmen“ ist der neueste Fachausdruck für Massenentlassungen. Bahn und Post haben es vorgezogen, auch weiterhin mit schlechtem Beispiel voranzugehen, denn die minimalen Preissenkungen werden bestimmt kein Ansporn für vermehrte Ausgaben der Portokasse und der Reisekasse des Normalverbrauers sein. Dafür bietet sich den wohlwollend entnazifizierten leitenden Direktoren genügend Vorwand für den Abbau unzulänglich beschäftigten Personals. Die „Spitzen der Behörden“ müssen natürlich erhalten bleiben. So hat denn auch der Lillput-Staat Südwürttemberg-Hohenzollern sich noch rasch einen neuen Staatspräsidenten für den verstorbenen gewählt. Zwar stehen die Verhandlungen wegen der Wiedervereinigung von Nordbaden und Nordwürttemberg mit dem Süden vor dem Abschluß, aber Südwürttemberg ein paar Wochen ohne Staatspräsident — so ist die Rationalisierung doch nicht gemeint! Argus

Achtung, politisch Verfolgte!

Wie ist die Rechtslage der politisch, rassisch und religiös Verfolgten in den ihnen zugewiesenen Wohnungen ehem. Pgs., SS usw.

Angesichts der sich häufenden Fälle, in denen willfährige Behörden und Gerichte sich dazu hergeben, gegen politisch, rassisch und religiös Verfolgte des Nazisystems vorzugehen verdient folgende Veröffentlichung des Ministeriums Württemberg-Baden V Woh 370 vom 8. 7. 1948 besondere Beachtung:

- 1. Für die bis zum 11. April 1947 (einschl.) auf Grund der Anordnungen örtlicher Militärregierungen erfolgten Inanspruchnahmen von Wohnungen und Wohnungseinrichtungen gilt folgendes: a) Sind rassig, religiös oder politisch Verfolgte eingewiesen worden, so darf die Einweisung hinsichtlich der Wohnung wie der Wohnungseinrichtung nach der Anordnung der Mil.-Reg. Land Wttbg.-Baden vom 27. Sept. 1947, in der diese Inanspruchnahmen ausdrücklich als rechtmäßig anerkannt werden, von den deutschen Verwaltungsbehörden und Gerichten nicht aufgehoben werden.

Dies gilt auch für den Fall, daß der betroffene Wohnungsinhaber im Spruchkammerverfahren als Mitläufer, Entlasteter, Nichtbelasteter oder Nichtbetroffener eingestuft oder amnestiert oder voll begnadigt worden ist. Der freiwilligen Rückgabe der Wohnungseinrichtung durch den eingewiesenen Verfolgten steht jedoch nichts entgegen.

b) Sind Nichtverfolgte eingewiesen worden, so findet die vorerwähnte Anordnung der Mil.-Reg. vom 27. Sept. 47 keine Anwendung. Die Aufhebung der Inanspruchnahme der Wohnung und Einrichtung ist gleichwohl nur nach Maßgabe des Vorhandenseins einer entsprechenden Ersatzwohnung für den bisher Eingewiesenen möglich.

Insbesondere eine Reihe übereifriger städtischer Dienststellen sollten sich etwas mehr des Studiums der einschlägigen Verordnungen befleißigen und sich dieselben hinter die Ohren schreiben.

Drei Fragen

Nach der Explosion in Ludwigshafen und den milden Urteilen gegen die Kriegsverbrecher

Wer hat recht?

Der Adjutant des französischen Kontrolloffiziers im IG-Konzern, der am 5. August im Widerspruch zur Werksleitung der Badischen Anilin- und Sodafabrik erklärte, die Ludwigshafener Katastrophe sei auf die Explosion eines zur Entladung bereitstehenden Kesselwagens mit 20 Tonnen Aethylchlorid zurückzuführen?

Oder

Die amerikanische Armeezeitschrift „Stars and Stripes“, die die Feststellungen der Werksleitung unterstreicht, indem sie mitteilt, daß es „unbestätigte Berichte gibt, wonach die Franzosen hochexplosive Antriebsflüssigkeit für V-1- und V-2-Experimente verarbeitet?“

Wer schützt die Kriegsverbrecher?

Die CDU-Zeitung „Rheinische Post“, die in ihrer Ausgabe vom 7. August gegen das in Nürnberg von einem amerikanischen Gerichtshof gegen Alfred Krupp von Bohlen und Halbach gefällte Urteil ihre Stimme erhebt?

Oder

Howard Armbruster, ein amerikanischer IG-Farben-Sachverständiger, der

sich gegen den Freispruch der IG-Farbindirektoren wandte und General Clay vorwarf, ihm die Einreise nach Deutschland verweigert zu haben, um als Belastungszeuge im IG-Prozeß auftreten zu können?

Wer dient dem Frieden?

Der Direktor des Ludwigshafener Werkes während der ganzen Nazizeit, Dr. Wurster, der sich unmittelbar nach seiner Freisprechung im IG-Farben-Prozeß bei den französischen Behörden darum bewarb, beim Wiederaufbau der zerstörten Werke „nützen“ zu dürfen?

Oder

Der FDGB, der eine Untersuchung der Ursachen der Explosionskatastrophe durch den Weltgewerkschaftsbund fordert?

England und USA streiten um deutschen Schrott

In seiner Ausgabe vom 19. Juli schreibt der englische „Daily Express“, daß die Vertreter der USA einen scharfen Protest darüber erhoben haben, daß die Engländer versuchten, mehr für Schrott aus Deutschland zu bieten, als die Amerikaner.

Das Angebot eines britischen Konzerns von 7 Pfund und 10 Schilling für eine Tonne Schrott wurde auf Verlangen der Amerikaner zurückgezogen. Die Amerikaner hatten nur 6 Pfund und 10 Schilling geboten.

Unter der Lupe

Eine saubere Wach- und Schließgesellschaft

Die Mannheimer Wach- und Schließgesellschaft hat ihren Wachmännern folgenden Ukas vorgelegt:

„Freie Vereinbarung“

Ich bin damit einverstanden, daß mein rückständiger Juni-lohn bis zum Eintritt der Währungsreform mit 1:17 berechnet wird und verzichte hiermit unwiderruflich auf Nachzahlungen, die mir it. Währungsgesetz § 5 zustehen, um die Existenz des Betriebes nicht zu gefährden.“

Wer also beispielsweise 85 M Lohn zu bekommen hatte, erhält nur 5,— M. Ein grandioser Lohnbetrug dieser sauberen Firma. Rund 94 % des Lohnes werden der Belegschaft gestohlen. Es soll sogar Wachmänner gegeben haben, die aus Angst vor Entlassung diesen Schwindel unterschrieben haben. Das Gewerbeaufsichtsamt müßte es sich eigentlich überlegen, ob man einer solchen Firma noch weiter die Genehmigung zur Weiterführung des Geschäfts beiläßt.

Glosse zu einer Glosse

Der FOW-Leitartikel des Wirtschaftsteils des „Mannheimer Morgens“ hat gegen das Preistreiber-Gesetz und die Auszahlung des Restkopfgeldes mächtig vom Leder gezogen. Allerdings ist er nicht etwa aus sozialen Erwägungen, sondern aus kapitalistisch-wirtschaftlichen Prinzipien dagegen. Ihm gefällt ein Vorgehen gegen die Preistreiber grundsätzlich nicht und er ist auch grundsätzlich gegen die Auszahlung des Restkopfgeldes, weil es, wie FOW meint, ja doch nicht von der „armen Flüchtlingsfrau, den erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten, den seines Einkommens oder seiner Rente beraubten Ueberalterten“ zur Kartoffeleinkellerung verwendet würde, sondern „zwischen den Fingern fortfließen“ wird. Damit mag FOW gewiß recht haben, zumal ja die 20,— DM Restkopfgeld gar nicht für die Kartoffeleinkellerung, die FOW ohne Anmerkung mit 30,— DM berechnet, ausreichen würde. Die von FOW zitierten Notleidenden und Opfer der Währungsreform und der Preistreiber können aber das Restkopfgeld auf jeden Fall dringend gebrauchen, denn sie sind nicht in der glücklichen Lage, 10 Eier für 65 Pfg. das Stück kaufen zu können, wie die Frau Gemahlin des Wirtschaftsleitartiklers des „Mannheimer Morgens“. Sie haben auch kein Geld und keine so guten Beziehungen, um gleich telefonisch beim Zweizonenamt des Herrn Schlange-Schöningen, des Eier-Befreiers, zu reklamieren. Wer Eier zu 65 Pfg. kaufen kann, der kann allerdings auf das Restkopfgeld verzichten — und noch eine Glosse daraus machen. Argus

Wer die Wahrheit wissen will, liest das „Badische Volksecho“

(Ausschneiden und an die Nordbadische Zeitungsvertriebs-GmbH Mannheim, S 3, 10, senden.)

Ich bestelle hiermit das „Badische Volksecho“ und bitte um Zustellung durch den örtlichen Aussträger.

Preis monatlich DM —,45 und Zustellgebühr DM —,15

Name _____
Wohnort _____
Straße _____
Unterschrift _____

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim, S 3, 10. Verantwortl. für d. Inhalt Kurt W. Weber, Mannheim, S 3, 10, Tel.-Nr. 432 60. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. Vertriebt Nordbadische Zeitungsvertriebs-G.m.b.H., Mannheim, S 3, 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. Auflage: 22 000.

KPD uns gehört die Zukunft

Um das Brot

Von Julius Schätzle, MdL.

Schon lange vor der Währungsreform propagierte die CDU die Aufhebung der Bewirtschaftung. Es war vor allem der Landtagsabgeordnete Andre, der sich das goldene Zeitalter versprach, wenn man endlich aufhöre mit der sogenannten Zwangswirtschaft. Nach der Währungsreform war es der Wirtschaftsrat in Frankfurt, der für eine ungehemmte Entwicklung der Wirtschaft eintrat und Dr. Erhard beantwortete die Preissteigerungen, indem er sagte, die Preise werden sich schon einpendeln. Sechs Wochen nach der Währungsreform kann man nun eine Bilanz ziehen, wer durch die Aufhebung der Bewirtschaftung und durch die Aufhebung der Höchstpreise der Gewinner und wer der Verlierer wurde. Wir haben als Kommunisten die Bauern immer gewarnt vor einem Preiswettbewerb mit der Industrie. Die Erfahrungen haben eben gelehrt, daß die Industriellen stärker sind, daß sie am längeren Arm sitzen und die Preise der Landwirtschaft immer hintennachhinken müssen.

Die Preise steigen

Bei der Preiserhöhung für Kartoffeln und Milch freuten sich zwar viele Landwirte, denn sie glaubten, daß jetzt für sie ein besseres Zeitalter eintreten würde. Diese Preiserhöhung gab aber der Industrie den Anlaß zu weiteren gewaltigen Steigerungen ihrer Preise, so daß die Industriepreise heute in der Regel 100—200 Prozent über denen von 1938 liegen. Hierzu einige Beispiele:

Erzeugnisse 1938	Erzeugnisse 1948
1 Herrenfahrrad	75,— 140,—
1 Porzellantasse	—,35 —,85
1 Kochtopf	3,40 9,—

Dabei sind die Preise immer noch im Steigen begriffen, so daß die Preisschere zwischen den Erzeugnissen der Industrie und der Landwirtschaft dauernd sich zuungunsten des Bauern weiter öffnet, doch hat nicht nur der Bauer unter dieser Preissteigerung zu leiden, sondern ebenso sehr der Städter.

Aber wer verdient daran?

Die Marktpreise der Gemüse zeigten letzte Woche durchweg einen 100proz. Preisaufschlag auf dem Wege vom Erzeuger bis zum Verbraucher.

Erzeugnis:	Erz.-Preis	Verbr.-Preis
Blumenkohl	—,60	1,20
Mangold	—,10	—
Wirsing	—,13	—,30
Aepfel	—,50	1,20

Wie diese Beispiele zeigen, verdient an diesen überhöhten Verbraucherpreisen der Bauer am wenigsten. Die Städter müssen aber damit rechnen.

Zuviel Gemüse?

Es ist ein großer Unsinn, daß heute in den Zeitungen bereits wieder davon gesprochen wird, daß zuviel Gemüse vorhanden sei. Tatsache ist, daß die Arbeiter und Angestellten heute wieder hungern bei vollen Scheunen. Man will ihnen nicht einmal die von der Militärregierung anerkannte Lohnerhöhung gewähren. Sie sind deshalb einfach nicht in der Lage, diese Preise zu bezahlen. So kommt es, daß in Hessen die Märkte mit der Belieferung von Möhren auf acht Tage gesperrt werden mußten, weil die Ware nicht abgesetzt werden konnte. Der hessische Bauernverband sah in seiner Kurzsichtigkeit als einzigen Ausweg die Sperrung der holländischen Gemüseinfuhr. Diese Tatsachen zeigen aufs neue mit aller Deutlichkeit die Abhängigkeit des Bauern vom Lohn des Arbeiters und den Wahnsinn der kapitalistischen Unordnung. Eine Ausbreitung der Arbeitslosigkeit und das Festhalten an den niederen Löhnen untergräbt dem Bauern seinen Absatzmarkt und zwingt auch ihn zu einem Hungerdasein. Durch die Einfuhr von Gemüse aus Holland und Italien in Verbindung mit einer guten Gemüseernte könnten die Märkte zwar beliefert werden, aber der Arbeiter hungert weiter und der Bauer bleibt auf seiner Ware sitzen.

Einfuhr ausländischer Agrarprodukte

Diese Entwicklung steht aber erst am Anfang. Professor Dr. E. Schuster, Heidelberg, schreibt u. a. sehr richtig: „Das Ausland wird in vielen Fällen verlangen, daß wir dieses oder jenes Agrarprodukt abnehmen sollen, auch wenn wir in der Lage sind, es in unserem eigenen Lande herzustellen und hervorzubringen... Wir müssen also

unsere Grenzen aufmachen für die Einfuhr von Gemüse, Obst, Fleisch, Käse und Eier aus diesen Ländern, wenn wir wünschen, daß diese unsere Industrieerzeugnisse abnehmen. Es ist damit zu rechnen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika Agrarprodukte in Deutschland absetzen wollen.“

Niederer Lohn des Arbeiters trifft auch den Bauern

Wenn Herr Professor Schuster dann aber glaubt, daß die Industriepreise gesenkt werden müssen auf Kosten der Arbeiter- und Angestelltenlöhne, dann übergibt er nicht nur den Arbeiter einem ewigen Hungerdasein, sondern er sägt auch den Ast ab, auf dem die Bauern heute sitzen. Die kleine Oberschicht der Besitzenden wird auch in Zukunft kein größerer Abnehmer werden. Sie hat sich schon vor der Währungsreform durch ihre Kompensationsgeschäfte genügend versorgt, sie decken ihren Bedarf auch heute schon trotz überhöhten Preisen. Um der deutschen Landwirtschaft einen sicheren Absatz ihrer Waren zu einem tragbaren Preis zu garantieren, sind andere Voraussetzungen zu schaffen als wie die von der CDU und dem Wirtschaftsrat gepflegte ungehemmte Unternehmerwillkür, wo jeder Besitzende jeden Preis diktieren kann.

Es muß etwas geschehen auf dem Edinger Hof

Menschenunwürdige Wohnverhältnisse für Neubürger — Das Landratsamt in Weinheim findet alles in Ordnung

Am 2. Juli haben wir im „Volksecho“ die Verhältnisse, unter denen die Flüchtlinge auf dem Edinger Hof leben müssen, geschildert. Erfreulicherweise ist unsere Veröffentlichung von dem Beauftragten für das Flüchtlingswesen bei der Landesverwaltung des Innern in Karlsruhe aufgegriffen worden. In einem Schreiben an den Landrat in Weinheim wurde dieser beauftragt, eine Untersuchung durchzuführen. „Mir liegt an einer beschleunigten Mitteilung über das Ergebnis der Nachprüfung, damit ich — sofern Notstände in der Unterbringung vorliegen sollten — das weitere veranlassen kann“, heißt es in diesem Schreiben an den Landrat. Das war am 8. Juli.

Was nun weiter aus der Sache geworden ist und was getan wurde, um die Notstände abzustellen, darüber vermissen wir nun bis heute allerdings eine offizielle Mitteilung. Inoffiziell wissen wir, daß der Landrat seinen Sachbearbeiter nach Edingen geschickt hat. Derselbe hat in Gegenwart des Gutsverwalters die Wohnungen der Landarbeiter inspiziert und die erstaunliche Feststellung getroffen, daß alles in Ordnung ist und daß die Landarbeiter bzw. die Flüchtlinge mit ihrem Los zufrieden seien. Wir nehmen an, daß der Landrat in diesem Sinne nach Karlsruhe berichtet hat und daß damit dieser Fall für die Behörden abgeschlossen ist. Die Flüchtlinge auf diesem Hof aber können weiterhin in ihren Elendwohnungen bei ihren Hungerlöhnen langsam zugrunde gehen.

Wir haben noch nie erwartet, daß die heutigen staatlichen Organe sich wirklich ernstlich um die Verbesserung des Loses der Neubürger bemühen werden. Verlangen müßte man aber, daß mindestens die allergrößten Mißstände abgestellt werden. Im Gegensatz zu der Auffassung des Landratsamtes in Weinheim sind wir der Meinung, daß auf dem Edinger Hof ein besonders dringender Notstand vorliegt und ein Eingreifen des Sonderbeauftragten unbedingt erforderlich ist. Man mag sich in Weinheim noch so sehr um Entschuldigungen bemühen, die allgemeine Wohnungsnot und die Unmöglichkeit der Beschaffung von Wohnraum zitieren. Wenn der Verwalter des Edinger Hofes mit Frau und Kind fast über ebensoviel, wenn nicht noch mehr Wohnraum verfügt, wie die über 30 Neubürger, dann ist, bei gutem Willen, die Abstellung der allergrößten Mißstände möglich. Die Wohnräume, über die der Verwalter verfügt, verdienen wirklich den Namen Wohnung. Wo die Flüchtlinge dagegen hausen und leben müssen, da kann man höchstens von Abstellräumen für

Die Voraussetzungen der Gesundung

Als erste Voraussetzung einer dauernden Gesundung des gesamten deutschen Volkes ist die wilde Preistreiberei zu verhindern und die überhöhten Industriepreise wieder zu senken. Dies kann nur erreicht werden durch ein ausgedehntes Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in den Fabriken und eine breite Volkskontrolle der gesamten Industrie und des Handels. Nicht durch einen Preiswettbewerb mit der Industrie, sondern durch die Schließung der Preisschere wird dem Bauer geholfen.



Durch eine Verkürzung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher auf genossenschaftlicher Grundlage könnte dem Bauern bei vielen Produkten ein wesentlich höherer Preis bezahlt wer-

den, ohne den Verbraucher mehr zu belasten.

Die entscheidende Frage wird aber in der Steigerung des Realeinkommens des Arbeiters liegen. Nur wenn die breite Käuferschaft der Arbeiter, Angestellten und der unteren Beamten sich satt essen kann, nur dann kann der Bauer mit einem sicheren Absatz rechnen. Das alte Sprichwort: „Hat der Bauer Geld, dann hat's die ganze Welt,“ trifft heute für das industrialisierte Deutschland nicht mehr zu. Hat aber der Arbeiter Geld, dann braucht es dem Bauer für seine Zukunft nicht bange zu sein.

Die Kettenbriefe

(V. St.) Im „Volkswillen“ wurde vor kurzem in einer Zuschrift von Wenzel Jaksch aus London behauptet, daß die unter den Neubürgern zirkulierenden Kettenbriefe das Werk „kommunistisch-panslawischer Agenten“ seien. Das ist eine bewußte und unerhörte Lüge. Es ist vielmehr „sonnenklar“, daß die Kommunisten jederzeit und bei jeder Gelegenheit gegen den Unfug der Kettenbriefe auftreten. Jeder Neubürger wird uns das bestätigen können. Wir sagen den Neubürgern immer wieder, daß diese Kettenbriefpropaganda nur zu ihrem Schaden gereichen kann und dadurch ihre gleichberechtigte Einordnung in ihrer neuen Heimat verzögert wird.

Auch waren es nicht die Kommunisten, welche Jaksch als den „Messias“, der in London für die Rückkehr der Sudetendeutschen kämpft, hinstellt. Diese Leute muß der „Volkswille“ schon in seinen eigenen Reihen suchen. Wir sind uns aber mit Wenzel Jaksch einig, wenn er in seinem Brief darauf hinweist, welche unheilvollen Folgen die gewissenlose Flüsterpropaganda schon einmal für das ganze deutsche Volk und für die Sudetendeutschen hatte.

„Trau, schau, wem?“ sagen auch wir den Neubürgern, wenn man ihnen in den Blättern der CDU und DVP sowie in den Kettenbriefen immer wieder Hoffnung auf eine baldige Rückkehr zu machen versucht. Wir sagen ihnen, daß diese Hoffnung von den reaktionären Elementen aller Schattierungen bewußt genährt wird, weil sie nicht auf ihre bisherigen Vorrechte zu verzichten wünschen, damit den Neubürgern bei uns ein menschenwürdiges Heim und die gleichen bürgerlichen Rechte gegeben werden können.

Agrarpolitische Konferenz der KPD

Existenz der Klein- und Mittelbauern bedroht

Die agrarpolitischen Forderungen der KPD

Die Leiter der Agrar- und Ernährungsabteilungen der KPD aus allen Ländern der amerikanischen, britischen u. französischen Zone befaßten sich auf einer vom Parteivorstand einberufenen Arbeitstagung am 2. und 3. August 1948 in Frankfurt a. M. mit den Auswirkungen der separaten Währungsreform auf die Landwirtschaft im Westen Deutschlands. Nach eingehender Prüfung der Lage und Diskussionen über die für die Landwirtschaft brennendsten Probleme wurde die Stellungnahme der Partei klar herausgestellt und in folgenden Entschlüsseungen zum Ausdruck gebracht:

Die separate Währungsreform hat zu einer wirtschaftlichen Stärkung der Großgrundbesitzerbetriebe geführt. Nur sie allein werden in der Lage sein, in Zukunft Kredite zu erhalten. Demgegenüber wird die Masse unserer klein- und mittelbäuerlichen Betriebe in eine schwere wirtschaftliche Notlage kommen. Der Klein- und Mittelbauer ist gezwungen, seine Erzeugnisse so schnell wie möglich zu veräußern, ohne damit die genügenden Mittel zu erhalten, um die notwendigen Industrieerzeugnisse zu kaufen.

Dieser Zwang zum Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bedeutet keineswegs, daß wir Lebensmittelüberfluß haben. Vielmehr bleibt der Mangel an Lebensmitteln bestehen, weil die Erzeugung zu gering ist, aber der erzwungene Verkauf von Lebensmitteln gleich nach der Währungsreform — begünstigt durch die teilweise Aufhebung der Bewirtschaftung — desorganisiert unsere Versorgungslage völlig. Die Auswirkungen werden sich in einigen Wochen und Monaten zeigen.

Die Agrarkrise Westdeutschlands wird nicht eine Krise der Ueberproduktion sein. Ausländische Konkurrenz, mangelnde Kaufkraft der werk-

tätigen Bevölkerung, hohe Zwischengewinne und Erhöhung der Preise für Betriebsmittel bedrohen heute die Existenz der Klein- und Mittelbauern. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, ist es erforderlich, daß die Bauernschaft für die Durchführung folgender Sofortmaßnahmen kämpft:

1. Herabsetzung der Preise für Bedarfsgegenstände und landwirtschaftliche Betriebsmittel.
2. Sofortige Auszahlung der restlichen Kopfquote und Nichtanrechnung derselben.
3. Langfristige Kredite zu niedrigstem Zinssatz für Klein- und Mittelbauern.
4. Bei dem zu erwartenden Lastenausgleich muß jede Geld- und Landabgabe sowie steuerliche Belastung der Klein- und Mittelbauern unterbleiben. Dagegen ist der Großgrundbesitz über 100 ha voll zur Land- und Sachabgabe heranzuziehen.
5. Die neue Steuergesetzgebung, insbesondere die Grundvermögen- und Einkommensteuer, muß stärker progressiv gestaffelt werden unter Berücksichtigung der Betriebsgröße und des Einheitswertes der Grundstücke.
6. Ueberprüfung des Pachtschutzes und Herabsetzung der Pachten.
7. Ausbau und Demokratisierung der bäuerlichen Genossenschaften.

Da die Arbeitsgemeinschaft der Bauernverbände in ihrer Führung vorwiegend mit Großgrundbesitzern oder ihren Vertretern besetzt ist, kann die Masse der schaffenden Bauern nicht erwarten, daß von dieser Seite aus ihre berechtigten Forderungen erfüllt werden. Sie können das nur erreichen im engsten Bündnis mit der Arbeiter-schaft. Eine generelle Lösung dieser Probleme kann nur im Rahmen des Kampfes der Arbeiter und Bauern um die Einheit Deutschlands erzielt werden.